

Banken- und Finanz- marktregulierung in Europa – Glossar

6. AKTUALISIERTE AUFLAGE





A

ABCP Asset-Backed Commercial Paper

Forderungsbesichertes Wertpapier mit kurzer Laufzeit, bei dem eine Sponsorbank eine Liquiditätslinie zur Absicherung sämtlicher Risiken des Investors zur Verfügung stellt. Begriff steht im Zusammenhang mit der Initiative der Europäischen Kommission (→ [EC](#)) zur Wiederbelebung der Verbriefungsmärkte. → [STS-VERBRIEFUNGEN](#)

ABS Asset-Backed Securities

Forderungsbesicherte Wertpapiere. Es werden Rechte (etwa aus Forderungen) oder andere Zahlungsansprüche beispielsweise in Form von handelbaren Wertpapieren verbrieft. Es handelt sich somit um Wertpapiere, die durch Aktiva besichert werden („asset-backed“).

ABSPP Asset-Backed Securities Purchase Programme

Programm zum Ankauf forderungsbesicherter Wertpapiere. Im September 2014 vom EZB-Rat in Verbindung mit dem → [CBPP](#) beschlossen. Der Ankauf von → [ABS](#)-Papieren am Primär- und Sekundärmarkt soll die Transmission der Geldpolitik verstärken, die Kreditversorgung der Wirtschaft im Euroraum unterstützen und dadurch eine weitere geldpolitische Lockerung bewirken. Die Kriterien zum Ankauf wurden mehrfach angepasst.

ACC Additional Credit Claims

Damit der uneingeschränkte Zugang von Banken zu Zentralbankliquidität auch unter ungünstigen Bedingungen sichergestellt ist, hat das Eurosystem den nationalen Zentralbanken ermöglicht, vorübergehend zusätzliche Arten von Sicherheiten zu akzeptieren. So können sie besonderen Bedingungen in ihrem jeweiligen Land, wie etwa den Arten von verfügbaren Sicherheiten oder bestimmten gesetzlichen und operativen Gegebenheiten, Rechnung tragen. Die Bundesbank hat die ACC zurzeit nicht umgesetzt.

**ACH Automated Clearing House**

Ein elektronisches Clearing-System, das Zahlungen zwischen Zahlungsdienstleistern austauscht und beispielsweise in TARGET2 verrechnet. Der Austausch (Clearing) und die Verrechnung (Settlement) der Zahlungen werden meistens mehrfach am Tag zu festgelegten Zeiten durchgeführt. Die Verrechnung erfolgt brutto (je Datei) oder netto (nur Saldo) über Konten der teilnehmenden Finanzdienstleister bei einer Zentralbank oder einer privaten Settlement-Bank. Es handelt sich meist um eine große Anzahl von Zahlungen, wie Überweisungen bzw. Lastschriften.

ADR Alternative Dispute Resolution

Alternative bzw. außergerichtliche Streitbeilegung. Verfahren zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten durch neutrale Dritte (zum Beispiel Ombudsleute, Schlichter, Mediatoren) im Wege einer für beide oder nur für eine Partei verbindlichen Entscheidung, eines für beide Parteien unverbindlichen Schlichtungsvorschlags oder mittels Unterstützungsleistungen, die die Parteien befähigen, ihre eigene Lösung zu finden.

NEU AI/KI Artificial Intelligence oder Künstliche Intelligenz

Die Fähigkeit von Maschinen oder Computersystemen menschenähnliche Denkprozesse nachzuahmen, zu verändern bzw. selbst anzupassen. Dazu gehören das Lernen, Lösen von Problemen, das Erkennen von Mustern und die Entscheidungsfindung. KI basiert auf Algorithmen und Daten. Sie wird in Bereichen wie der Sprachverarbeitung, der Bilderkennung und dem autonomen Fahren eingesetzt.

AI-ACT Verordnung zur Regulierung der künstlichen Intelligenz: auch KI-VO

Diese EU-Verordnung ist seit dem 1. August 2024 in Kraft getreten und reguliert den Einsatz von künstlicher Intelligenz in ganz Europa. Sie soll sowohl den Schutz von Grundrechten als auch die Förderung von Innovationen sicherstellen.

**AIFM** **Alternative Investment Fund Manager**

Verwalter alternativer Investmentfonds.

AIFMD **Alternative Investment Fund Managers Directive (AIFM-Richtlinie)**

EU-Richtlinie, die Verwalter von Investmentvermögen reguliert, die nicht unter die OGAW-Richtlinie fallen. → [OGAW V](#)

NEU **AML** **Anti-Money Laundering**

Bekämpfung der Geldwäsche.

NEU **AMLA** **Authority for Anti-Money Laundering and Countering the Financing of Terrorism**

EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

NEU **AMLAR** **Anti-Money Laundering Authority Regulation**

Verordnung zur Einrichtung der Behörde, um Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen.

NEU **AMLD** **Anti-Money Laundering Directive**

Richtlinie über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen, um Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zu verhindern.

NEU **AMLR** **Anti-Money Laundering Regulation**

Verordnung zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung.

AnaCredit **Analytical Credit Datasets**

Granulare Datenbank der → [EZB](#) mit detaillierten Informationen über Einzelkredite von Banken im Euroraum für geldpolitische und aufsichtsrechtliche Zwecke.

**NEU APA Approved Publication Arrangement**

Ein APA ist ein Unternehmen, das im Rahmen der → [MIFIR](#) im Namen von Wertpapierfirmen Handelsdaten zu Geschäften veröffentlicht. Die Pflicht, Handelsdaten über einen APA zu veröffentlichen, wurde 2018 in die → [MIFIR](#) eingeführt. Die Veröffentlichungen der APAs sollen zu einer erhöhten Transparenz auf den OTC-Märkten beitragen. Es werden u. a. das Volumen und der Kurs von Geschäften sowie der Zeitpunkt ihres Abschlusses veröffentlicht.

APP Asset Purchase Programme

Programm zum Ankauf von Vermögenswerten. Anfang 2015 vom EZB-Rat beschlossen. Siehe auch → [CBPP](#), → [ABSPP](#), → [PSPP](#), → [CSPP](#) und → [PEPP](#).

AQR Asset Quality Review

Umfangreiche, risikoorientierte Prüfung der Aktiva-Qualität von Instituten. Die Ergebnisse bilden in der Regel den Ausgangspunkt aufsichtlicher Stresstests.

NEU ARM Approved Reporting Mechanism

ARM sind Unternehmen, die den → [NCAS](#) oder der → [ESMA](#) im Namen von Wertpapierfirmen die Einzelheiten von Geschäften im Rahmen des Transaktionsmeldewesens nach Art. 26 → [MIFIR](#) melden.

NEU A-SRI Anderweitig systemrelevantes Institut

→ [O-SII](#)

ASTV Ausschuss der Ständigen Vertreter

Der ASTV setzt sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten der → [EU](#) zusammen, die den Rang von Botschaftern haben. Er hat die Aufgabe, die Arbeiten des Rates der EU in der Zusammensetzung der jeweiligen Fachminister vorzubereiten. Den Vorsitz führt jeweils der EU-Mitgliedstaat, der auch den Ratsvorsitz innehat.

**NEU** **AWG** **Außenwirtschaftsgesetz**

Das Außenwirtschaftsgesetz reguliert den Außenwirtschaftsverkehr in Deutschland. Es legt die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Im- und Export von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Technologie fest und ermöglicht Sanktionen sowie Beschränkungen aus sicherheits- und außenpolitischen Gründen.

NEU **AWV** **Außenwirtschaftsverordnung**

Die Außenwirtschaftsverordnung konkretisiert die Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes (→ [AWG](#)). Sie enthält u. a. detaillierte Vorschriften zur Kontrolle des Exports von Waffen, Rüstungsgütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck. Sie dient der Umsetzung von EU-Sanktionen und internationalen Embargomaßnahmen.



B

BAIT Bankaufsichtliche Anforderungen an die Informationstechnologie

Ergänzend zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken (MaRisk) interpretieren auch die BAIT die gesetzlichen Anforderungen des § 25 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 4 und 5 Kreditwesengesetz (KWG). Die deutsche Aufsicht (BaFin) konkretisiert mit den BAIT, was unter einer angemessenen technisch-organisatorischen Ausstattung der IT-Systeme, unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen an die Informationssicherheit sowie eines angemessenen Notfallkonzeptes, zu verstehen ist. Aufgrund des zunehmenden Bezugs von IT-Dienstleistungen von Dritten, zum Beispiel im Rahmen von Auslagerungen, wird auch der § 25 b KWG in diese Interpretation einbezogen. Wurde für Banken durch → [DORA](#) abgelöst.

BCBS Basel Committee on Banking Supervision

Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht. Entwickelt international abgestimmte Regeln zur Bankenaufsicht. Beschlüsse des Ausschusses sind als Empfehlungen nicht rechtlich verbindlich. Mitglieder sind die Vertreter von Notenbanken und Aufsichtsbehörden wichtiger Industrie- und Schwellenländer. Der Ausschuss ist bei der → [BIS/BIZ](#) in Basel angesiedelt.

BCM Business Continuity Management

Kontinuitätsmanagement. Weiterbetrieb einer Bank und ihrer Geschäftsprozesse bei Störungen im normalen Betrieb.

Benchmark-VO Benchmark-Verordnung

EU-Verordnung, die zum Schutz von Investoren und der Marktintegrität sicherstellen soll, dass in der → [EU](#) verwendete Referenzwerte robust, zuverlässig und nicht manipulierbar sind.

**BEPS** Base Erosion and Profit Shifting

Erosion der Bemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung. Vorhaben der → [OECD](#) zur Bekämpfung bzw. Vermeidung der Steuerhinterziehung.

NEU **BFSG** Barrierefreiheitsstärkungsgesetz

Setzt die EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit (European Accessibility Act – EAA) um, indem es die Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen regelt, die im B2C-Bereich bereitgestellt bzw. genutzt werden. Das BFSG tritt am 28. Juni 2025 in Kraft.

NEU **BFSGV** Verordnung zum Barrierefreiheitsstärkungsgesetz

Ausführende Verordnung zur Konkretisierung der Barrierefreiheitsanforderungen. Für Kreditinstitute ist sie aufgrund der Anforderung in § 17 BFSGV (Bankdienstleistungen für Verbraucher) an das statuierte Verständlichkeitsgebot (höchstens Fremdsprachniveau B2) von besonderer Bedeutung.

NEU **BIRD** Banks' Integrated Reporting Dictionary

Gemeinsam mit dem Bankensektor entwickeltes integriertes logisches Datenmodell zur Extrahierung der Daten bei den Banken und Erstellung der aufsichtlichen Meldungen.

BIS/BIZ Bank for International Settlements/Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Unterstützt die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken und den internationalen Zahlungsausgleich (Settlement). Die BIS/BIZ hat ihren Sitz in Basel. Dort sind der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (→ [BCBS](#)), das Financial Stability Board (→ [FSB](#)) und das Committee on Payments and Market Infrastructures (→ [CPMI](#)) angesiedelt.

**BoS Board of Supervisors**

Rat der Aufseher der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (→ [EBA](#)). Wichtigstes Entscheidungsgremium der Behörde, trifft alle politischen Entscheidungen, zum Beispiel über die Annahme von Entwürfen technischer Standards, Leitlinien, Stellungnahmen und Berichte. Der Rat der Aufseher trifft seine Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit, bestimmte Beschlüsse erfordern eine qualifizierte Mehrheit. Mitglieder sind die Leiter der für die Beaufsichtigung von Kreditinstituten zuständigen Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten.

BRRD Bank Recovery and Resolution Directive

EU-Bankenabwicklungsrichtlinie oder auch Krisenmanagementrichtlinie. Europäische Richtlinie mit Mindestvorgaben für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen. → [SRM](#)



C

CA Competent Authority

Oberbegriff für die in einem bestimmten Bereich zuständigen Behörden. Das können die Bankenaufsichtsbehörden, die Wertpapieraufsichtsbehörden oder die Europäische Zentralbank → EZB sein. → NCA

CA Comprehensive Assessment

Umfassende Bewertung, bestehend aus dem → AQR und dem aufsichtlichen Stresstest.

NEU **CASP** Crypto Asset Service Provider

CASPs sind Unternehmen, die Kryptowertedienstleistungen nach der → MICAR erbringen. Zu diesen Dienstleistungen gehören u. a. die Verwahrung und Verwaltung von Kryptowerten für Dritte, der Betrieb einer Handelsplattform für Kryptowerte, die Ausführung von Aufträgen für Kunden, die Beratung zu Kryptowerten oder die Portfolioverwaltung von Kryptowerten.

CBDC Central Bank Digital Currency

Digitale Währung, die von Zentralbanken in Ergänzung zu physischen Banknoten und Münzen sowie Sichtguthaben bei Zentral-/Notenbanken ausgegeben werden kann. In Europa wird die Ausgabe eines „digitalen Euro“ als CBDC durch die → EZB kontrovers diskutiert.

CBPP Covered Bond Purchase Programme

Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen. Vom EZB-Rat im Jahr 2009 beschlossen, um den Markt für diese Papiere zu stabilisieren und so Refinanzierungsproblemen der Banken entgegenzuwirken. Es folgte im Jahr 2011 das CBPP2 sowie im Jahr 2014 das CBPP3. Insbesondere Letzteres hat das Ziel, die Kreditvergabe anzuregen und somit die Inflationsrate wieder näher an das Zielniveau von 2% zu bringen.

**CBR Combined Buffer Requirement**

Kombinierte Kapitalpufferanforderung nach den Vorgaben der → **CRD** (Kapitalerhaltungspuffer, antizyklischer Kapitalpuffer, G-SRI-/A-SRI-Puffer, Systemrisikopuffer) gemäß der zweiten Säule. → **CCOB**, → **CCYB**, → **A-SRI**, → **G-SRI**, → **SYRB**, → **TSCR**, → **OCR**, → **SREP**

CCCTB Common Consolidated Corporate Tax Base

Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB). Vorhaben der Europäischen Kommission für ein gemeinsames System zur Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage für Unternehmen, die in der → **EU** aktiv sind. Die GKKB umfasst einheitliche Regeln, die diese Unternehmen zur Berechnung ihrer steuerpflichtigen Gewinne anwenden können. Darüber hinaus müssen Konzerne innerhalb des GKKB-Systems nur eine einzige zusammenfassende Steuererklärung für ihre gesamten Aktivitäten in der EU einreichen. Der konsolidierte steuerliche Gewinn eines Konzerns wird dann auf Basis einer einfach anzuwendenden Formel den einzelnen Konzerngesellschaften zugewiesen. Auf diese Weise kann jeder Mitgliedstaat den Gewinn der bei ihm steuerpflichtigen Unternehmen unter Anwendung seines jeweiligen nationalen Steuersatzes besteuern.

NEU CCoB Capital Conservation Buffer

Kapitalerhaltungspuffer. Die Eigenmittel, die ein Institut gemäß Art. 129 CRD bzw. § 10c KWG vorhalten muss. → **CBR**

CCP Central Counterparty

Zentrale Gegenpartei. Unternehmen, die als Gegenpartei bei Derivatekontrakten oder Wertpapierfinanzierungsgeschäften zwischen die (ursprünglichen) Vertragsparteien treten.

CCR Counterparty Credit Risk

Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko, dass die Gegenpartei eines Geschäfts, wie zum Beispiel bei Derivate-



geschäften, vor der abschließenden Abwicklung der mit diesem Geschäft verbundenen Zahlungen ausfällt.

NEU **CCyB** Countercyclical Capital Buffer

Antizyklischer Kapitalpuffer. Die (institutsspezifischen) Eigenmittel, die ein Institut gemäß Art. 130 CRD bzw. § 10d KWG vorhalten muss. → [CBR](#)

CDD Customer Due Diligence

Kundenbezogene Sorgfaltspflichten; Due Diligence (engl. für „mit der gebotenen Sorgfalt“). Das Geldwäschegesetz (GwG) unterscheidet zwischen drei Arten von Sorgfaltspflichten: der allgemeinen (Regelfall), der vereinfachten (geringeres Geldwäscherisiko) und der verstärkten (erhöhtes Geldwäscherisiko) Sorgfaltspflicht.

NEU **CfE** Call for Evidence

Öffentliche Aufforderung zur Einreichung von Meinungen oder Daten zu einem bestimmten Thema bzw. einer geplanten Regulierung. Die EU-Kommission nutzt regelmäßig CfE, um von Stakeholdern Rückmeldungen zu geplanten politischen Initiativen oder Gesetzesvorhaben zu erhalten.

NEU **CFT** Countering the Financing of Terrorism

Die Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung beschreibt Maßnahmen zur Verhinderung der Finanzierung terroristischer Organisationen und Aktivitäten. Die Maßnahmen zur Prävention von Terrorismusfinanzierung gehen Hand in Hand mit den verpflichtenden Maßnahmen zur Geldwäschebekämpfung. Die regulatorischen Vorgaben finden sich im Geldwäschegesetz (→ [GWG](#)).

CIR Cost-Income-Ratio

Kennzahl in der Gesamtbanksteuerung zur Beurteilung der Profitabilität eines Instituts, die den Verwaltungsaufwand ins Verhältnis zu den operativen Erträgen setzt.

**CLM Central Liquidity Management**

Eine Komponente der TARGET-Services, die Informationen zur Liquidität der Zentralbank, zum Management von Kreditlinien und zum Betrieb der Zentralbank sowie Mittel zur Erleichterung der Abwicklung der TARGET-Services bereitstellt. Es betrifft die Dienste von → [T2](#), → [T2S](#) und → [TIPS](#).

CMU Capital Markets Union

Kapitalmarktunion. Leuchtturmprojekt der aktuellen Europäischen Kommission unter Zuständigkeit von Vize-Kommissionspräsident Valdis Dombrovskis. Schaffung eines integrierten Finanzmarktes in der EU; Förderung der Finanzierung der Realwirtschaft über den Kapitalmarkt.

COREPER Comité des Représentants Permanents

Ausschuss der Ständigen Vertreter. → [AStV](#)

CRA Credit Rating Agencies (Ratingagenturen)

Private Unternehmen, die die Kreditwürdigkeit (Bonität) von Unternehmen sowie von Staaten und deren untergeordneten Gebietskörperschaften bewerten.

CRA

Derzeit in der dritten Änderungsfassung (CRA III); schafft Rechtsgrundlage zur Beaufsichtigung der Ratingagenturen durch → [ESMA](#), enthält Vorschriften, die von Ratingagenturen, unter anderem bei der Erstellung von Ratings, eingehalten werden müssen, und beinhaltet einzelne Vorschriften, die auch Emittenten oder Nutzer von Ratings zu berücksichtigen haben.

NEU

CRA Cyber Resilience Act

Der CRA ist eine EU-Verordnung, die einheitliche Cybersicherheitsanforderungen für hardware- und softwarebasierte Produkte entlang ihres gesamten Lebenszyklus vorschreibt. Ziel ist es, Sicherheitslücken zu minimieren, Herstellern mehr



Verantwortung aufzuerlegen und so die Resilienz des digitalen Binnenmarkts zu stärken.

CRD Capital Requirements Directive

Europäische Bankenrichtlinie. Mit Hilfe der CRD in ihrer jeweiligen Fassung werden die Anforderungen der sogenannten zweiten Säule von Basel III in der EU umgesetzt. Das betrifft den → [ICAAP](#), den → [ILAAP](#), den → [SREP](#), die Anforderungen an Kapitalpuffer und die Vergütungsregelungen.

CRIM-MAD Directive on Criminal Sanctions for Market Abuse

Richtlinie über strafrechtliche Sanktionen für Insiderhandel und Marktmanipulation. Regelt ergänzend zur → [MAR](#) die ordnungswidrigkeiten- und strafrechtlichen Sanktionen für marktmissbräuchliches Verhalten.

CRR Capital Requirements Regulation

Europäische Bankenverordnung. Europäische Umsetzung der sogenannten ersten Säule von Basel III. CRR regelt neben der Definition des regulatorischen Eigenkapitals vor allem die Bemessung der Risikopositionen sowie die Bestimmung der diesbezüglichen Eigenkapitalanforderungen.

CRS Common Reporting Standard

Standard der → [OECD](#) zum multilateralen automatischen Austausch von Informationen über Steuerpflichtige. Von der OECD entwickeltes System eines automatischen Austausches von Informationen über Finanzkonten. Staaten vereinbaren einen Meldeverkehr von Finanzinstitutionen über Daten von Finanzkonten an die nationale Steuerbehörde, die auf automatischer jährlicher Basis Informationen zur Steuerbehörde des Ansässigkeitsstaates des Finanzkontoinhabers übermittelt.

**CSA Cyber Security Act**

Der europäische Rechtsakt zur Cybersicherheit ist seit 2017 Bestandteil eines umfangreichen Maßnahmenpaketes zur Bekämpfung von Cyberangriffen und zum Aufbau starker Cybersicherheits-Infrastrukturen in Europa. Dazu gehören unter anderem ein dauerhaftes Mandat der europäischen Cybersicherheitsbehörde → [ENISA](#) und ein europäischer Zertifizierungsrahmen für Cybersicherheit.

CSD Central Securities Depository

Zentralverwahrer (auch Wertpapiersammelbank), der die Verwahrung und den Übertrag von Wertpapieren in Form effektiver Stücke oder von Bucheinträgen (dematerialisierten Wertpapieren) in Wertpapierdepots übernimmt und somit die zentrale Aufbewahrung börsengehandelter Wertpapiere sicherstellt. In Deutschland hat diese Funktion die Clearstream inne.

CSDDD Corporate Sustainability Due Diligence Directive

Richtlinienvorschlag der EU-Kommission, um ein nachhaltiges und verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten in allen globalen Wertschöpfungsketten zu verankern. Unternehmen sollen verpflichtet werden, in ihrem Risikomanagement Prozesse zu etablieren, mit denen sie menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken identifizieren, beurteilen und vermindern können.

CSDR Central Securities Depository Regulation

Zentralverwahrer-Verordnung. Enthält neben Regelungen zur Zulassung und Beaufsichtigung von Zentralverwahrern bei der Erbringung grenzüberschreitender Wertpapierdienstleistungen in der → [EU](#) auch Vorgaben zur Verbesserung der Abwicklungsdisziplin der Marktteilnehmer.

**CSPP Corporate Sector Purchase Programme**

Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors. Das Eurosystem kauft seit Juni 2016 auch Anleihen von Unternehmen im Euro-Währungsgebiet. Anleihen von Kreditinstituten sind von dem Programm ausgeschlossen.

UPDATE CSRD Corporate Sustainability Reporting Directive

Anpassung der Bilanz- und Transparenzrichtlinien sowie der Prüfungsvorschriften um Vorgaben für die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die CSRD führt eine verpflichtende Verortung von Nachhaltigkeitsinformationen zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekten (→ [ESG](#)) im Lagebericht sowie eine inhaltliche externe Prüfung dieser Angaben ein und erweitert den Anwendungsbereich. Sie wird durch Vorgaben in Level-2-Standards (→ [ESRS](#)) konkretisiert.

NEU CTP Consolidated Tape Provider (Bereitsteller konsolidierter Datenträger)

CTPs konsolidieren die Marktdaten, die sie gemäß der → [MIFIR](#) von → [APAS](#) oder Betreibern von Handelsplätzen erhalten, zu einem kontinuierlichen elektronischen Datenstrom. Diesen stellen sie der Öffentlichkeit zur Verfügung. Pro Anlageklasse (Anleihen, Aktien und OTC-Derivate) wird es einen CTP geben. Die → [ESMA](#) ist zuständig für die Auswahlverfahren.

CVA-Risiko Credit-Valuation-Adjustment-Risiko

Risiko der Bonitätsverschlechterung eines Kontrahenten. Das CVA ist ein Zuschlag auf die Eigenkapitalanforderung, der das Risiko abbildet, dass sich die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Forderungsschuldners erhöht.



D

NEU **DCA** **Dedicated Cash Account**

Ein zweckgebundenes Liquiditätskonto innerhalb von → **TARGET2** des Eurosystems-, das speziell für die Dienste → **T2**, → **T2S** und → **TIPS**. Die DCA erhalten die Liquidität durch Umbuchungen vom MCA (Main Cash Account) in T2.

DFÜ-Abkommen **Datenfernübertragungsabkommen**

Die fünf Verbände der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) und die Bundesbanken haben das DFÜ-Abkommen unterzeichnet, das deren Mitglieder sowie die Bundesbank zur Einhaltung des → **EBICS**-Standards verpflichtet.

DGS **Deposit Guarantee Scheme**

Einlagensicherungssystem. Bezieht sich auf gesetzliche sowie die amtlich anerkannten Einlagensicherungssysteme, die Einlagen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro pro Kunde und Institut absichern.

DGSD **Deposit Guarantee Scheme Directive**

Richtlinie über Einlagensicherungssysteme. Regelt die Errichtung und Funktionsweise von (nationalen) Einlagensicherungssystemen und legt die Verfahren dafür fest.

DIF **Deposit Insurance Fund**

Gemeinsamer Einlagenversicherungsfonds. Dieser soll im Rahmen der Schaffung einer europäischen Einlagenversicherung errichtet werden; alle beteiligten Banken müssen an den DIF Pflichtbeiträge entrichten. Er soll vom → **SRB** verwaltet werden.

DLT **Distributed Ledger Technology**

Ein Distributed Ledger („verteiltes Kontobuch“) ist ein dezentral geführtes Kontobuch – eine dezentrale, verteilte Datenhaltung bzw. Datenbank. Es ist die technologische



Grundlage virtueller Währungen und dient dazu, Transaktionen von Nutzern im digitalen Zahlungs- und Geschäftsverkehr aufzuzeichnen, ohne dass es einer zentralen Stelle bedarf, die jede einzelne Transaktion legitimiert. Häufig besteht ein Distributed Ledger aus einer Blockchain. Die gesamte Technologie wird als DLT bezeichnet. Bekannteste Anwendung der Blockchain ist Bitcoin oder Ethereum.

NEU **DLT Pilotregime** Pilotregelung für auf DLT basierende Marktinfrastrukturen

Das DLT-Pilotregime setzt den rechtlichen Rahmen für den Handel und die Abwicklung von Geschäften mit Kryptowerten, die als Finanzinstrumente gemäß → **MIFID II** gelten. Zudem erleichtert es die Einrichtung neuer Arten von Marktinfrastrukturen, die für den Handel und die Abwicklung dieser Kryptowerte relevant sind. Dazu gehören das DLT MTF, das DLT SS (DLT Abwicklungssystem) sowie das DLT TSS (DLT-Handels- und Abwicklungssystem).

UPDATE **DORA** Digital Operational Resilience Act

Diese Verordnung gilt seit dem 17. Januar 2025 und führt u.a. harmonisierte Anforderungen an Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT), das Risikomanagementrahmenwerk (RMF), die Meldung von Vorfällen sowie das Management und die Prüfung von Drittparteirisiken für 21 Arten von Finanzunternehmen in den Bereichen Banken, Versicherungen/Pensionsfonds sowie Wertpapier- und Kapitalmärkte ein. Die → **EBA**, → **ESMA** und → **EIOPA** wurden beauftragt, 13 Mandate zur Unterstützung dieser Verordnung zu entwickeln, in denen diese Vorgaben ausformuliert werden.

NEU **DPE** Designated Publishing Entity

Der Status als DPE kann von Wertpapierfirmen bei den NCAs beantragt werden. Dieser freiwillige Status erlaubt es, Trans-



aktionen über einen → [APA](#) zu veröffentlichen, ohne den Status und die Pflichten eines → [SI](#) annehmen zu müssen. Die nationale Aufsicht erteilt den DPE-Status für bestimmte Anlageklassen. Die → [ESMA](#) führt ein öffentliches Register der DPEs, das den Marktteilnehmern zur Information dienen soll.

DRSC Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V.

Der DRSC ist ein Verein zur Förderung der Fortentwicklung der Rechnungslegung mit Sitz in Berlin. Seine Fachausschüsse befassen sich mit der Finanz- und Nachhaltigkeitsberichterstattung. International tritt der DRSC als Accounting Standards Committee of Germany (ASCG) auf.

NEU **DRSP** Data Reporting Services Providers

Zu den DRSP gehören → [CT](#), → [ARM](#) und → [APA](#) nach der → [MIFIR](#). Sie dienen dazu, die Transparenz und die wirksame Beaufsichtigung der Finanzmärkte zu verbessern, indem Anlegern und → [NCAS](#) in die Lage versetzt werden, genaue und umfassende Handelsdaten zu erhalten.

DS-GVO Datenschutz-Grundverordnung

Diese europäische Verordnung vereinheitlicht den Schutz personenbezogener Daten in der → [EU](#).



E

NEU **EAA** European Accessibility Act

Richtlinie (EU) 2019/882 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen in den EU-Mitgliedstaaten.

EBA European Banking Authority

Unabhängige EU-Behörde mit Sitz in Paris, die sich dafür einsetzt, eine wirksame und konsistente aufsichtsrechtliche Regulierung und Aufsicht im gesamten europäischen Bankensektor sicherzustellen. Die EBA erarbeitet Entwürfe, mit denen die EU-Kommission bestimmte Vorgaben des EU-Bankaufsichtsrechts konkretisiert.

EBICS Electronic Banking Internet Communication Standard

Technischer Standard für den elektronischen Zahlungsverkehr in Deutschland, Frankreich, Österreich und der Schweiz. Ursprünglich wurde EBICS, das hohe Ansprüche an die Sicherheit stellt und komplexe Autorisierungsmechanismen zulässt, speziell für Firmenkunden entwickelt. Mittlerweile hat sich EBICS auch im Interbankenbereich für Großbetrags-, Echtzeit- und Massenzahlungen etabliert. Die vier nationalen Communitys entwickeln EBICS in der EBICS-Gesellschaft (→ [EBICS SC](#)) weiter, um einen einheitlichen Standard zu gewährleisten.

EBICS SC EBICS-Gesellschaft

Die EBICS SC oder auch EBICS-Gesellschaft standardisiert das → [EBICS](#)-Verfahren und wird durch das Board of Directors vertreten. Deutschland und Frankreich haben jeweils vier Sitze, Österreich und die Schweiz jeweils einen Sitz. Die vier kreditwirtschaftlichen Verbände BdB, BVR, DSGV und VÖB haben jeweils einen der insgesamt vier deutschen Sitze. Die EBICS SC ist eine Gesellschaft nach belgischem Recht mit Sitz in Brüssel.

**EC European Commission**

Europäische Kommission → [EU-KOM](#), → [EK](#)

NEU ECAF Eurosystem Credit Assessment Framework

Regelwerk der → [EZB](#) zur Beurteilung der Kreditqualität von Sicherheiten, die Banken für Refinanzierungsgeschäfte mit dem Eurosystem hinterlegen.

ECB European Central Bank

Europäische Zentralbank (→ [EZB](#)).

UPDATE ECMS Eurosystem Collateral Management System

Einheitliche Plattform zum Sicherheitenmanagement des Eurosystems.

ECOFIN Economic and Financial Affairs Council

Rat für Wirtschaft und Finanzen. Der ECOFIN setzt sich aus den Wirtschafts- und Finanzministern der EU-Mitgliedstaaten zusammen und ist für Wirtschaftspolitik, Steuerfragen und die Regulierung von Finanzdienstleistungen zuständig. Der ECOFIN tagt in der Regel einmal im Monat. Die inhaltliche Vorbereitung des ECOFIN erfolgt unter anderem durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter (→ [ASTV](#)).

ECON Economic and Monetary Affairs Committee

Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Der ECON ist ein Fachausschuss des Europäischen Parlaments (→ [EP](#)), der unter anderem für die Regelung und Überwachung von Finanzdienstleistungen, -institutionen und -märkten, die Wirtschafts- und Währungspolitik sowie den freien Kapital- und Zahlungsverkehr in der → [EU](#) zuständig ist. In diesen Bereichen erarbeitet der ECON vor allem Legislativvorschläge durch die Annahme von Berichten und reicht Änderungsanträge zur Prüfung im Plenum des Europäischen Parlaments ein.

**EDD Enhanced Due Diligence**

Verschärfte Sorgfaltspflichten bei der Geldwäschebekämpfung. Diese gelten, um erhöhte Risiken durch Anwendung zusätzlicher, verstärkter Sorgfalt auszugleichen, insbesondere bei politisch exponierten Personen (→ [PEP](#)). → [AML/AMLD](#), → [CDD](#)

EDIS European Deposit Insurance Scheme

Europäisches Einlagenversicherungssystem. Vorschlag der EU-Kommission für eine Verordnung zur Schaffung eines gemeinsamen Sicherungsfonds für die Einlagen von Sparern bei EU-Banken.

EFRAG vormalis European Financial Reporting Advisory Group

Europäische Beratungsgruppe mit Sitz in Brüssel. Vertritt die europäischen Interessen gegenüber dem → [IASB](#) und koordiniert die Arbeit der nationalen Rechnungslegungsgremien (→ [DRSC](#)). Darüber hinaus berät sie die Europäische Kommission (→ [EK](#)) in Fragen der Anerkennung der → [IFRS](#) und entwickelt für die → [EK](#) Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (→ [ESRS](#)).

EFSF European Financial Stability Facility

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität. Die Mitgliedstaaten der Eurozone haben den EFSF als Reaktion auf die Eurokrise als provisorischen Rettungsschirm zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Eurozone gegründet. Am 1. Juli 2013 wurde der EFSF vom → [ESM](#) abgelöst.

eIDAS 2.0 Electronic Identification, Authentication and Trust Services

Diese EU-Verordnung regelt die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt. Sie soll einheitliche Rahmenbedingungen für die grenzüberschreitende Nutzung elektronischer Identifizierungsmittel und Vertrauensdienste in der EU schaffen, um



eine sichere elektronische Interaktion zwischen Bürgern, Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen zu ermöglichen.

EIOPA **European Insurance and Occupational Pensions Authority**

Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung mit Sitz in Frankfurt am Main.

EK/EU-KOM **Europäische Kommission**

Die Europäische Kommission ist das Exekutivorgan der → [EU](#) und wurde 1957 gebildet. Sie wirkt im allgemeinen Interesse der EU und hat neben dem Initiativrecht für Rechtsakte in verschiedenen Politikbereichen auch die Überwachung der Umsetzung von EU-Recht inne. Die Europäische Kommission besteht aus unterschiedlichen Generaldirektionen und Dienststellen, die ihren Sitz überwiegend in Brüssel haben. Die politische Führung wird durch einen Präsidenten, sieben Vizepräsidenten und 20 Kommissare repräsentiert.

ELA **Emergency Liquidity Assistance**

Notfall-Liquiditätshilfe. Maßnahmen, mit denen eine nationale Zentralbank des Eurosystems einem solventen Finanzinstitut mit vorübergehenden Liquiditätsproblemen eine Unterstützung gewährt, die dem betreffenden Institut Zentralbankgeld verschafft.

NEU **ELTIFs** **European Long-Term Investment Funds**

Europäische langfristige Investmentfonds, die Anlagen in illiquide, langfristige Vermögenswerte wie Infrastrukturprojekte, Private Equity oder Immobilien ermöglichen. Sie werden in der Verordnung (EU) 2015/760 von 2015 (ELTIF-Verordnung) reguliert.

EMA **European Master Agreement**

Ein einheitlicher Rahmenvertrag für Finanzgeschäfte (Derivate, Wertpapierleihen oder Repos), der von den europäischen



Spitzenverbänden der Kreditwirtschaft entwickelt wurde. Der EMA wird insbesondere auch von der → [EZB](#) verwendet.

EMIR European Market Infrastructure Regulation

Marktinfrasturkturverordnung. Enthält Verpflichtungen für Marktteilnehmer zum Clearing ihrer OTC-Standard-Derivategeschäfte über eine → [CCP](#), zur Meldung aller Derivategeschäfte an ein → [TR](#) sowie zur Anwendung von Risikomindestechniken für nicht zentral geclearte Derivategeschäfte.

EMMI European Money Markets Institute

Administrator des → [EURIBOR](#).

EMZK Eigenmittelzielkennziffer

Eigenmittelempfehlung der zweiten Säule gemäß § 6d KWG. Mit der EMZK wird ein Kapitalpuffer festgelegt, der dafür sorgen soll, dass die Kapitalanforderungen auch in Stresssituationen eingehalten werden. Die EMZK wird im Rahmen des → [SREP](#) auf individueller Basis festgelegt, ist allerdings nicht rechtsverbindlich einzuhalten. Auf europäischer Ebene wird die EMZK auch als Pillar 2 Guidance (→ [P2G](#)) bezeichnet.

ENISA European Union Agency for Cybersecurity

Die Aufgabe der europäischen Cybersicherheitsbehörde ENISA besteht mit dauerhaftem Mandat darin, in der EU die erforderliche hochgradige Netz- und Informationssicherheit zu gewährleisten. Dazu steht sie mit nationalen Behörden und den EU-Institutionen im dauerhaften Austausch zur Netz- und Informationssicherheit und koordiniert die Kontakte zwischen EU-Institutionen, staatlichen Behörden und Unternehmen mit dem Ziel, die Cybersicherheit in Europa zu stärken.

EONIA Euro OverNight Index Average

Referenzzinssatz, zu dem auf dem Interbankenmarkt im Euro-Währungsgebiet unbesicherte Ausleihungen in Euro



von einem Tag auf den nächsten gewährt werden. Er wird seit dem 1. Oktober 2019 mit modifizierter Berechnungsmethode unter gleichbleibender Bezeichnung fortgeführt. Eine Verwendung dieses modifizierten EONIA war bis zum Ablauf der Übergangsfristen in der → **Benchmark-VO** am 31. Dezember 2021 möglich.

EP Europäisches Parlament

Eines der beiden gesetzgebenden Organe der → **EU**. Zusammen mit dem Rat kann es Legislativvorschläge der Europäischen Kommission annehmen und ändern. Neben der Gesetzgebungsbefugnis hat das EP auch Haushalts-, Kontroll- und Beratungsbefugnisse inne. Es setzt sich aus dem Präsidenten und ca. 700 Abgeordneten zusammen, die in den Mitgliedstaaten der EU für jeweils fünf Jahre gewählt werden. Die Abgeordneten des EP schließen sich regelmäßig nach politischer Zugehörigkeit zu Fraktionen zusammen. Derzeit gibt es acht Fraktionen. Das EP verfügt über 20 Fachausschüsse, die für die Vorbereitung der Arbeit des EP im Plenum zuständig sind.

EPC European Payments Council

Die Vereinigung von Banken und Bankenverbänden aus ganz Europa mit Sitz in Brüssel hat die Regelwerke für die → **SEPA-Zahlverfahren** für Überweisung und Lastschrift entwickelt und ist für ihre Weiterentwicklung und Anpassung an technische Innovationen und neue gesetzliche Vorgaben zuständig.

ERPB Euro Retail Payments Board

Gremium der → **EZB**. Besteht aus Vertretern der europäischen Kreditwirtschafts- und der Nachfrageseite sowie der nationalen Zentralbanken. Das ERPB-Gremium soll dazu beitragen, die Entwicklung eines integrierten, innovativen und wettbewerbsfähigen Marktes für Massenzahlungen in Euro in der → **EU** zu fördern.



ESA European Supervisory Authorities

Europäische Finanzaufsichtsbehörden. Die ESA wurden im Zuge der Reform der europäischen Finanzaufsicht 2011 ins Leben gerufen und setzen sich aus der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (→ [EBA](#)), der Europäischen Aufsichtsbehörde für Wertpapiere und Märkte (→ [ESMA](#)) und der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (→ [EIOPA](#)) zusammen. Die ESA sind für die mikroprudenzielle Aufsicht auf EU-Ebene zuständig und sollen durch die Erarbeitung von Leitlinien, technischen Standards und Empfehlungen zu einer konsistenten und konvergenten Finanzaufsicht in der → [EU](#) beitragen.

NEU **ESAP** European Single Access Point

Von der EU geplantes zentrales europäisches Register für Unternehmens-, Finanz- und ESG-/Nachhaltigkeitsinformationen als Anlaufstelle für private und institutionelle Investoren zu EU-Unternehmen und EU-Anlageprodukten.

ESEF European Single Electronic Format

Europäisches Einheitliches Elektronisches Berichtsformat. In Umsetzung der Transparenzrichtlinie seit dem 1. Januar 2020 für Jahresfinanzberichte vorgeschrieben. Informationen in den → [IFRS](#)-Konzernabschlüssen müssen zudem etikettiert werden („Tagging“ mittels iXBRL). Das Ziel ist die bessere Vergleichbarkeit und Maschinenlesbarkeit. Die ESEF-Taxonomie wird jährlich im Anschluss an die Aktualisierung der IFRS-Taxonomie angepasst. Die → [CSRD](#) verlangt auch Nachhaltigkeitsinformationen im ESEF-Format.

ESFS European System of Financial Supervision

Europäisches System der Finanzaufsicht. Seit 2011 wirkendes dezentrales, mehrstufiges System aus mikro- und makroprudenziellen Aufsichtsbehörden. Ziele des ESFS sind die Entwicklung einer gemeinsamen Aufsichtskultur sowie die Schaffung eines einheitlichen europäischen Finanzmarktes.

**ESG Environmental, Social and Governance Criteria**

Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungskriterien werden im Rahmen der nichtfinanziellen Berichterstattung oder im Rahmen von Nachhaltigkeitsratings genutzt, um die Nachhaltigkeit und die ethische Handlungsweise von Unternehmen, Projektnehmern und öffentlichen Institutionen zu bewerten. ESG-Risiken spielen im bankinternen Risikomanagement eine wichtige Rolle.

ESIS European Standardised Information Sheet

Europäisches Standardisiertes Merkblatt für wohnungswirtschaftliche Kredite zur Erfüllung der Pflicht von Darlehensgebern zur vorvertraglichen Information von Verbrauchern. Diesen soll auf diese Weise die Möglichkeit gegeben werden, europaweit Kreditangebote miteinander zu vergleichen.

ESM European Stability Mechanism

Europäischer Stabilitätsmechanismus. Der ESM hat als europäischer Schutz- und Nothilfemechanismus Mitte 2013 den → [EFSF](#) abgelöst. Er zielt auf die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Eurozone ab. Unter bestimmten Voraussetzungen kann der → [SRF](#) auf Mittel des ESM zurückgreifen, sofern sein Volumen für Abwicklungsverfahren von Instituten nicht ausreichen sollte.

ESMA European Securities and Markets Authority

Europäische Aufsichtsbehörde für Wertpapiere und Märkte mit Sitz in Paris. Mitwirkung an Kapitalmarktregulierung durch Erstellung von Guidelines, → [RTS](#), → [ITS](#), Opinions und → [Q&A](#). Direkte Aufsichtsbehörde für → [TR](#) und → [CRA](#).

ESRB European Systemic Risk Board

Europäischer Ausschuss für Systemrisiken zur makroprudenziellen Überwachung in der EU.

ESRS European Sustainability Reporting Standards

Konkretisierung der Berichtspflichten aus der → [CSRD](#). Die Standards werden von der → [EFRAG](#) erarbeitet und anschlie-



ßend von der → [EK](#) als delegierte Rechtsakte mit unmittelbarer Wirkung angenommen.

€STR Euro Short-Term Rate

Unbesicherter Tagesgeldsatz der → [EZB](#). Berechnet wird die €STR auf Basis der vom Eurosystem bereits in der Geldmarktstatistik zur Verfügung stehenden Daten.

NEU **ESZB** Zentralbanken des Europäischen Systems

Das ESZB besteht aus der Europäischen Zentralbank (→ [EZB](#)) und den nationalen Zentralbanken aller Mitgliedstaaten der EU. Dem ESZB gehören somit auch die Zentralbanken der EU-Länder an, die nicht Mitglied der Europäischen Währungsunion sind, d. h. die den Euro noch nicht als Währung eingeführt haben.

EU Europäische Union

Politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluss von 27 Mitgliedstaaten. Die wichtigsten Organe sind der Europäische Rat, der Rat der EU, die Europäische Kommission (→ [EK](#)) und das Europäische Parlament (→ [EP](#)). Die Funktionsweise der EU ist politikfeldabhängig, da sie in verschiedenen Bereichen unterschiedliche Kompetenzen und Abstimmungsverfahren besitzt. Meistens werden Rechtsakte im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung der Europäischen Kommission, des Rates der EU und des Europäischen Parlaments verabschiedet.

EUDI European Digital Identity

Die Europäische Digitale Identität (European Digital Identity) ist eine Initiative der EU, basierend auf der eIDAS-Verordnung, die es Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen ermöglichen soll, ihre Identität digital zu bestätigen und persönliche Daten sicher zu speichern und zu teilen. Kernstück dieser Initiative ist die EUDI-Wallet, eine digitale Brieftasche, die auf Smartphones oder anderen Geräten installiert werden kann. Die Nutzung der EUDI-Wallet ist freiwillig



und soll den Zugang zu öffentlichen und privaten Online-Diensten, wie z.B. auch Bankdienstleistungen, in der gesamten EU erleichtern, wobei die Kontrolle über persönliche Daten stets bei den Nutzenden bleibt.

NEU **EUGBR** **EU Green Bond Regulation**

Verordnung (EU) 2023/2631 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. November 2023 über „europäische grüne Anleihen“ sowie fakultative Offenlegungen zu als ökologisch nachhaltig vermarkteten Anleihen und zu an Nachhaltigkeitsziele geknüpften Anleihen.

EUGBS **EU Green Bond Standard**

Ein in Entwicklung befindlicher, freiwilliger Standard, der als Goldstandard im Bereich der grünen Anleihen in der EU fungieren soll und auf bewährte Marktpraktiken (Green Bond Framework, Second Party Opinion, Reporting) aufsetzt. Der EuGBS orientiert sich an den Taxonomie-Kriterien und Umweltzielen, deren Einhaltung zur Benutzung des Labels berechtigen soll. Durch umfangreiche Berichts- und Bewertungsprozesse soll sichergestellt werden, dass die Mittel lediglich zur Finanzierung grüner taxonomiekonformer Projekte verwendet werden.

EU-KOM **Europäische Kommission**

→ EK

EURIBOR **Euro InterBank Offered Rate**

Referenzzinssatz, der vom → **EMMI** veröffentlicht wird und der auf durchschnittlichen Zinssätzen basiert, zu denen die Banken der Eurozone unbesicherte Geldmittel an andere Banken im Euro-Großhandelsmarkt (oder Interbankenmarkt) verleihen. Der EURIBOR wurde vom EMMI im Jahr 2019 schrittweise auf eine hybride – mit der → **Benchmark-VO** konforme – Berechnungsmethode umgestellt und als zulässige Benchmark registriert.



EZB Europäische Zentralbank

Zentralbank mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie ist eines der sieben Organe der → EU. Oberstes Beschlussorgan der EZB ist der EZB-Rat, dem die sechs Mitglieder des EZB-Direktoriums sowie die Gouverneure bzw. Präsidenten der Zentralbanken der Länder des Euro-Währungsgebiets angehören. Der EZB-Rat bestimmt insbesondere über die Geldpolitik des Eurosystems. Als Reaktion auf die Finanz- und Staatsschuldenkrise wurde der EZB im Jahre 2012 eine führende Rolle in der europäischen Bankenaufsicht zugeteilt (→ SSM). Die EZB und die nationalen Zentralbanken des Euroraums bilden das Eurosystem, die EZB und die Zentralbanken aller EU-Mitgliedstaaten bilden das Europäische System der Zentralbanken (ESZB).



F

FATCA Foreign Account Tax Compliance Act

US-amerikanisches Gesetz zur Einführung eines bilateralen Informationsaustausches der USA mit anderen Staaten über Steuerpflichtige.

UPDATE FATF Financial Action Task Force

Internationales Gremium zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung sowie anderer Bedrohungen für die Integrität des internationalen Finanzsystems.

FBA Folgenbeseitigungsanspruch

Der Anspruch richtet sich nicht auf Entschädigung in Geld, sondern auf tatsächliche Wiederherstellung des bei rechtmäßigem Verhalten bestehenden Zustandes.

FIA Futures Industry Association

Ein internationaler Verband für die Märkte für Futures, Optionen und zentral geclearte Derivate mit Büros in Brüssel, London, Singapur und Washington, D.C.

FIDA Financial Data Access

Vorschlag für eine EU-Verordnung, die den Zugang zu Finanzdaten regelt. Ziel ist es, den Umfang von Open Banking auf Open Finance auszuweiten, indem ein sicherer und autorisierter Zugang zu einer breiten Palette persönlicher und geschäftlicher Finanzdaten ermöglicht wird.

FIN-NET Cross-Border Out-of-Court Complaints Network for Financial Services in the European Economic Area

Grenzübergreifendes europäisches Netzwerk für die außergerichtliche Streitbeilegung im Bereich Finanzdienstleistungen. Dem Netz gehören über 50 nationale Schlichtungsstellen im Europäischen Wirtschaftsraum an. Ziel des Netzes ist es, Probleme zu überwinden, die angesichts der unterschiedlichen



Rechtsordnungen in Europa insbesondere bei der Bearbeitung grenzüberschreitender Beschwerden auftreten können.

FINREP Financial Reporting

Meldung zur standardisierten finanziellen Berichterstattung an die Aufsichtsbehörden.

FinTS Financial Transaction Services

Ein technischer Online-Banking-Standard der Deutschen Kreditwirtschaft und eine Weiterentwicklung des Homebanking-Computer-Interface-Standards (HBCI). Ein Kunde benötigt für die Kommunikation über FinTS mit der Bank eine Software für den Computer oder eine FinTS-fähige App. Der Standard wird in Deutschland häufig in der Kommunikation zwischen Banken und Sparkassen und Privatkunden genutzt.

FISP Financial Information Service Provider

Die geplante EU-Verordnung → [FIDA](#) führt eine neue Kategorie autorisierter Marktteilnehmer ein, die sogenannten FISP. Diesen Anbietern ist es gestattet, auf bestimmte Kundendaten zuzugreifen, um Finanzinformationsdienste bereitzustellen. FISP sind die Dienstleister der → [FIDA](#) analog zur → [PSD2](#), die → [PISP](#) und → [AISP](#) definiert.

FIU Financial Intelligence Unit

Als Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen ist die nationale Zentralstelle für die Entgegennahme, Sammlung und Auswertung von Meldungen über verdächtige Finanztransaktionen, die im Zusammenhang mit Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung stehen könnten, verantwortlich. Die FIU wurde im Jahr 2017 unter dem Dach der Generalzolldirektion eingerichtet. Sie trägt mit verstärkten Befugnissen als „Intelligence-Einrichtung“ dazu bei, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung mittels gezielter Analyse zu verhindern, und entlastet hierdurch insbesondere die Strafverfolgungsbehörden.



FSB **Financial Stability Board**

Finanzstabilitätsrat zur Überwachung des globalen Finanzsystems mit Sitz bei der → [BIS/BIZ](#) in Basel.

FTT **Financial Transaction Tax**

Finanztransaktionssteuer. Besteuerung von Finanzgeschäften börslicher und außerbörslicher Art. Sie kann auf Aktien, Rentenpapiere und andere Wertpapiere und Derivate erhoben werden. Einige Mitgliedstaaten der → [EU](#) erheben nationale Finanztransaktionssteuern. Im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit haben sich zehn Mitgliedstaaten der EU dazu verabredet, eine gemeinsame FTT einzuführen.



G

GBP Green Bond Principles

Eine Initiative von Marktakteuren, die sich freiwillig zur Einhaltung eines bestimmten Prozesses bei der Emission von Green Bonds (grünen Anleihen) verpflichtet haben. Eine Transparenz bezüglich der Auswirkungen der mit einem Green Bond refinanzierten grünen Aktiva oder Projekte sowie eine regelmäßige Berichterstattung darüber stehen bei der Initiative im Fokus. Die → [ICMA](#) ist Initiator der GBP. Siehe auch → [EU-GBS](#).

GDPR General Data Protection Regulation

→ [DS-GVO](#)

UPDATE

giroAPI giro Application Programming Interface

Eine von der Deutschen Kreditwirtschaft entwickelte Zugangssystem über die Schnittstellen (API) der Banken zum Kernbankensystem. Darüber können Bankdienste von anderen Dienstleistern, auch Banken, genutzt werden. Entsprechende Dienste sind gegenüber den bereitstellenden Banken und Sparkassen zu vergüten. Start des giroAPI-Zugangssystems erfolgt im Frühjahr 2025. Betreiber sind gemäß giroAPI-Abkommen die Verbände DSGV, BdB, BVR und VÖB.

GKKB Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage

→ [CCCTB](#)

GLEIF Global Legal Entity Identifier Foundation

Supranationale gemeinnützige Stiftung mit Hauptsitz in Basel, die im Juni 2014 vom Financial Stability Board (→ [FSB](#)) mit dem Auftrag gegründet wurde, die Implementierung und den Einsatz des Legal Entity Identifier (→ [LEI](#)) zu fördern. Die Stiftung erhält Unterstützung vom LEI Regulatory Oversight Committee (LEIROC) und untersteht dessen Aufsicht. Letzteres wird von



Behördenvertretern aus aller Welt gebildet, die gemeinsam die Transparenz auf den weltweiten Finanzmärkten verbessern wollen.

G-SII Global Systemically Important Institution

Global systemrelevantes Institut, dessen Zusammenbruch das weltweite Finanzsystem beeinträchtigen würde. Die zuständigen Aufsichtsbehörden bestimmen jährlich anhand bestimmter Kriterien (Größe, grenzüberschreitende Aktivitäten, Vernetzung mit dem Finanzsystem, Ersetzbarkeit und Komplexität) die als global systemrelevant zu klassifizierenden Institute. G-SIIs müssen insbesondere strengere Eigenkapitalanforderungen einhalten, damit sie Verluste besser absorbieren können.

NEU **G-SII-BUFFER** Capital Buffer for Global Systemically Important Institutions

Kapitalpuffer für global systemrelevante Institute gemäß Art. 131 Abs. 4 CRD bzw. § 10f KWG. → [CBR](#)

NEU **G-SRI** Global systemrelevantes Institut

→ [G-SII](#)



H

HGB Handelsgesetzbuch

Regelwerk mit deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, das neben Vorgaben für alle Kaufleute auch ergänzende gesetzliche Regelungen zum Beispiel für Kapitalgesellschaften und Kreditinstitute enthält. Es ist maßgeblich für Jahres- und Konzernabschlüsse sowie für (Konzern-)Lageberichte und ihre Prüfung.

**IASB International Accounting Standards Board**

Unabhängiges, privatwirtschaftliches Gremium mit Sitz in London, das die International Financial Reporting Standards (→ IFRS) entwickelt und verabschiedet. Darüber hinaus genehmigt es die Interpretationen des IFRIC zur Anwendung der IFRS. Die IFRS bestimmen die Grundsätze, nach denen Jahresabschlüsse von Unternehmen für Zwecke der internationalen Kapitalmärkte erstellt werden.

ICAAP Internal Capital Adequacy Assessment Process

Bankinterner Prozess zur Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung. Die Institute sollen ihre wesentlichen Risiken identifizieren, überwachen und durch eine angemessene Kapitalausstattung abdecken. Die aufsichtliche Überprüfung des ICAAP ist ein wesentlicher Bestandteil des

→ SREP. → ILAAP

ICMA International Capital Markets Association

Interessenvertretung verschiedener internationaler privater sowie öffentlicher Finanzmarktakteure (beispielsweise Nationalbanken, Finanzinstitute, Ratingagenturen, Zentralverwahrer oder Anwaltskanzleien) mit Sitz in London.

IDW Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.

Verein mit Sitz in Düsseldorf, dessen freiwillige Mitglieder Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind. Seine Fachausschüsse, darunter auch der Bankenfachausschuss (BFA), erarbeiten Verlautbarungen und Positionspapiere mit der Berufsauffassung unter anderem zu Rechnungslegungs- und Prüfungsthemen sowie auch zu Nachhaltigkeitsberichtspflichten.

**IFRS** International Financial Reporting Standards

Rechnungslegungsvorschriften für Unternehmen. Diese werden vom International Accounting Standards Board (→ [IASB](#)) herausgegeben. Unabhängig von nationalen Rechtsvorschriften (→ [HGB](#)) sorgen die IFRS für die Erstellung international vergleichbarer Jahres- und Konzernabschlüsse. Die IFRS werden von zahlreichen Ländern zumindest für kapitalmarktorientierte Unternehmen vorgeschrieben.

IFR/MIF-VO Interchange Fee Regulation

Verordnung des Europäischen Parlaments (→ [EP](#)) und des Rates vom 29. April 2015 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge (EU-Regulierung von Interbankenentgelten).

ILAAP Internal Liquidity Adequacy Assessment Process

Bankinterner Prozess zur Sicherstellung einer angemessenen Liquiditätsausstattung, der eine Refinanzierungsplanung und Stresstests umfasst. Die aufsichtliche Überprüfung des ILAAP ist ein wesentlicher Bestandteil des → [SREP](#). → [ICAAP](#)

NEU

IntermAufwErsV Intermediäre-Aufwendungsersatz-Verordnung

Soll die bis 2025 noch geltende Verordnung ersetzen und neue klare Regelungen zur Erstattung der Aufwendungen von Intermediären schaffen, die ihnen bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten nach § 67f Absatz 3 AktG entstehen.

IOSCO International Organization of Securities Commissions

Internationale Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden. Setzt in Zusammenarbeit mit G20 und → [FSB](#) weltweite Standards für die Wertpapierregulierung.

**IRBA Internal Ratings Based Approach**

Methode zur Ermittlung der → [RWA](#) für Kreditrisiken, bei der die Banken mit aufsichtlicher Genehmigung mittels interner Ratingverfahren geschätzte Risikoparameter (PD, LGD und CCF) verwenden dürfen.

NEU IReF Integrated Reporting Framework

Mit IReF sollen die bestehenden statistischen Datenanforderungen des ESZB in einen einheitlichen, standardisierten Berichtsrahmen integriert werden. Im ersten Schritt werden vier statistische Erhebungen in einer einzigen gemeinsamen Verordnung und auf hochgranularer Basis erhoben. Aufsichtsrechtliche und abwicklungstechnische Meldungen folgen.

IRS Internal Revenue Service

Der Internal Revenue Service ist die Bundessteuerbehörde der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und dem Finanzministerium unterstellt.

IRT Internal Resolution Team

Internes Abwicklungsteam. Team aus Mitarbeitern des → [SRB](#) und der nationalen Abwicklungsbehörden, das im Rahmen des → [SRM](#) ein → [SI](#) oder grenzüberschreitend tätiges Institut betreut. IRTs sind insbesondere verantwortlich für die Erstellung von Abwicklungsplänen für Institute.

ISDA International Swaps and Derivatives Association

Verband, dem Teilnehmer aus dem Markt für → [OTC](#)-Derivate angehören und der das Ziel hat, den Handel mit OTC-Derivaten zu vereinfachen. Bekannt ist der Verband dabei hauptsächlich durch die von ihm entwickelten und herausgegebenen ISDA Master Agreements, in denen grundlegende vertragliche Verpflichtungen zwischen den handelnden Parteien festgelegt sind. Der Hauptsitz der ISDA befindet sich in New York.

**ISIN International Securities Identification Number**

Internationale Wertpapierkennnummer (→ [WKN](#)). Zwölfstellige Buchstaben-Zahlen-Kombination zur Identifikation eines Wertpapiers.

ISLA International Securities Lending Association

Internationaler Verband, der sich auf die Vertretung seiner Mitglieder im Hinblick auf Wertpapierleihen spezialisiert hat. Er gibt das Global Master Securities Lending Agreement (GMSLA) heraus, einen internationalen Standard zur Dokumentation von Wertpapierleihen.

ISO Internationale Organisation für Normung

Internationale Vereinigung von Normungsorganisationen, die Normen in allen Bereichen erarbeitet, zunehmend auch im Wertpapierbereich (Aufbau der → [ISIN](#) wird in der Norm ISO 6166 beschrieben).

ISSB International Sustainability Standards Board

Gremium der IFRS-Stiftung, das internationale Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung auf Unternehmensebene herausgibt.

ITS Implementing Technical Standards

Technische Durchführungsstandards, die aufgrund expliziter Ermächtigung von der Europäischen Kommission mit dem Ziel erlassen werden, eine einheitliche Anwendung gewisser Bestimmungen im zugrundeliegenden Rechtsakt sicherzustellen; die Finanzaufsichtsbehörden (→ [ESA](#)) liefern dazu die Entwürfe.



J

NEU JBRC Joint Bank Reporting Committee

Der gemeinsame Ausschuss für Bankenberichterstattung (JBRC) ist ein beratendes Gremium, das sich aus Vertretern der zuständigen europäischen und nationalen Behörden sowie Bankenvertreter zusammensetzt, um über die Integration der statistischen, abwicklungs- und aufsichtsrechtlichen Datenmeldungen der Banken zu beraten.

JC Joint Committee

Gemeinsames Forum zur Kooperation der drei → [ESA](#).

JST Joint Supervisory Team

Gemeinsames Aufsichtsteam aus Mitarbeitern der → [EZB](#) und der nationalen Aufsichtsbehörden, das im Rahmen des → [SSM](#) ein bedeutendes Institut beaufsichtigt. JSTs sind insbesondere für die Durchführung des → [SREP](#) verantwortlich.

JURI Committee on Legal Affairs

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlamentes ist einer der 20 Fachausschüsse des → [EP](#). Er ist unter anderem zuständig für die Erarbeitung von Rechtsakten der → [EU](#) in den Bereichen Zivil- und Handelsrecht, Gesellschaftsrecht und Verfahrensrecht. Ferner fallen die Auslegung, Anwendung und Überwachung des Unionsrechts in die Zuständigkeit des Rechtsausschusses.



K

NEU KAGB Kapitalanlagegesetzbuch

Das KAGB legt den rechtlichen Rahmen für Investmentfonds fest und unterscheidet grundsätzlich zwischen offenen und geschlossenen Investmentvermögen und unterscheidet dabei zwischen Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (→ [OGAW](#)) und Alternativen Investmentfonds (→ [AIF](#)).

KID Key Information Document

Vorvertragliche Basisinformationsblätter für Kleinanleger, die es ermöglichen sollen, die grundlegenden Merkmale und Risiken von → [PRIIPs](#) zu verstehen und zu vergleichen.

→ [PRIIPs-VO](#)

NEU KVG Kapitalverwaltungsgesellschaft

Unternehmen mit satzungsmäßigem Sitz und Hauptverwaltung im Inland, deren Geschäftsbetrieb darauf gerichtet ist, inländische Investmentvermögen, EU-Investmentvermögen oder ausländische → [AIF](#) zu verwalten (§ 17 KAGB).

UPDATE KYC Know your customer

Aus dem Englischen: Kenne deinen Kunden. Vorgeschriebene Prüfung der Legitimation von Neukunden und Erhebung weiterer Kundenangaben zur Verhinderung von Geldwäsche.

**NEU LA Listing Act**

EU-Gesetzespaket von 2024, bestehend aus einer Änderungsverordnung und zwei Änderungsrichtlinien zur Vereinfachung und Absenkung der Anforderungen an die Börsennotierung sowie der damit einhergehenden Folgepflichten.

LCR Liquidity Coverage Ratio

Mit Basel III eingeführte Kennziffer zur Messung der Ausstattung einer Bank mit kurzfristig verfügbarer Liquidität. Die LCR soll sicherstellen, dass jede Bank in der Lage ist, ein schweres Stressszenario über einen Zeitraum von 30 Kalendertagen selbstständig zu überstehen. Die Kennziffer entspricht dem Verhältnis des Bestandes an hochliquiden Vermögenswerten zu den Nettoszahlungsmittelabflüssen in den nächsten 30 Tagen.

LEI Legal Entity Identifier

Code zur Identifikation von Unternehmen. Erforderlich zum Beispiel für Meldungen nach → [EMIR](#), → [SFTR](#) und → [MiFIR](#) und bei der Emission von Wertpapieren.

LKSG Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

Das Gesetz verpflichtet Unternehmen branchenübergreifend, im eigenen Geschäftsbereich unternehmerische Sorgfaltspflichten für soziale und Umweltbelange sowie für unmittelbare Zulieferer einzuhalten und die entsprechend notwendigen Prozesse zur Risikosteuerung zu etablieren.

LR Leverage Ratio

Setzt das aufsichtliche Kernkapital einer Bank (Zähler) ins Verhältnis zu ihrem Gesamtengagement (Nenner). Der Wertansatz bilanzieller Positionen orientiert sich an dem für das jeweilige Institut maßgeblichen Rechnungslegungsstandard. Die Leverage Ratio soll als „Backstop“ die risikogewichteten Kapitalquoten ergänzen und muss mindestens 3% betragen.

**LSI** Less Significant Institution

Weniger bedeutendes Institut. Begriff dient als Abgrenzung der direkten von der indirekten Beaufsichtigung durch die

→ EZB. → SI

LTF Long-Term Finance

Langzeitfinanzierung. Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für Projekte oder Ähnliches über einen längeren Zeitraum.

LTRO Longer-Term Refinancing Operation

Längerfristiges Refinanzierungsgeschäft. Offenmarktgeschäft im Eurosystem, das den Banken Zentralbankgeld für eine im Vergleich zu den Hauptrefinanzierungsgeschäften längere Laufzeit zur Verfügung stellt. Im Laufe der Finanz- und Staatsschuldenkrise ging das Eurosystem dazu über, neben diesen herkömmlichen längerfristigen Refinanzierungsgeschäften auch Geschäfte mit anderen Laufzeiten von zum Beispiel einem Jahr und länger (bis zu vier Jahren) anzubieten.



M

NEU **MaCom** Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion

Die MaComp sind regulatorische Vorgaben der BaFin für Wertpapierdienstleistungsunternehmen zur Umsetzung der Compliance-Anforderungen gemäß dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG). Sie enthalten u. a. Vorgaben zu Themen wie Interessenkonflikten, Mitarbeitergeschäften und organisatorischen Anforderungen zur Sicherstellung der Marktintegrität.

MAD **Market Abuse Directive**

Marktmissbrauchsrichtlinie. Weitgehend abgelöst durch → **MAR**. Die neue Richtlinie → **CRIM-MAD** regelt (nur noch) den strafrechtlichen Sanktionsrahmen bei marktmissbräuchlichem Verhalten.

MAR **Market Abuse Regulation**

Die Marktmissbrauchsverordnung regelt die Verbote von Insiderhandel und Marktmanipulation für sämtliche auf Finanzmärkten (→ **MTF**, → **OTF**, → **RM**) gehandelten Finanzmarktinstrumente, auf diese bezogene Derivate sowie den Versuch des Insiderhandels oder der Marktmanipulation. Erfasst sind ebenfalls die Stornierung oder Änderung von Aufträgen aufgrund von Insiderinformationen.

MaRisk **Mindestanforderungen an das Risikomanagement**

Rahmenvorgaben für ein angemessenes und wirksames Risikomanagement der Institute auf Basis von § 25a KWG. Enthält unter anderem die nationale Umsetzung zahlreicher Vorgaben der → **EBA** und des → **BCBS**, die auf die zweite Säule abstellen.

**NEU** **MCA** **Main Cash Account**

Hauptliquiditätskonto in → **T2**, das eine Bank oder eine nationale Zentralbank innerhalb von → **TARGET2** des Eurosystems führt. Es dient als zentrales Konto für Zahlungsabwicklungen, Liquiditätssteuerung und den Zugang zu anderen TARGET-Diensten wie → **TIPS** und → **T2S**.

NEU **MiCAR** **Markets in Crypto Assets Regulation**

Die MiCAR ist Teil der digitalen Finanzstrategie der → **EU** von 2020. Sie schafft einen harmonisierten europäischen Regulierungsrahmen für Kryptowerte. Dieser soll auf der einen Seite Innovationen fördern und gleichzeitig die Nutzung des Potenzials von Kryptowerten unter Wahrung der Finanzstabilität und des Anlegerschutzes ermöglichen. Die MiCAR unterscheidet zwischen der Emission von Kryptowerten (Primärmarkt) und den Kryptowerte-Dienstleistungen des Sekundärmarktes. Sie regelt Transparenz- und Offenlegungspflichten, die Zulassung und Aufsicht von Kryptowerte-Dienstleistern (→ **CASP**) und Emittenten sowie deren Geschäftsorganisation. Zudem umfasst sie Vorschriften zum Investoren- und Verbraucherschutz, zur Verwahrung von Kryptowerten und zur Bekämpfung von Marktmissbrauch.

MiFID **Markets in Financial Instruments Directive**

Die Finanzmarktrichtlinie enthält umfassende Bestimmungen zur Harmonisierung der Finanzmärkte in der → **EU**.

MiFID II **Markets in Financial Instruments Directive II**

Die Finanzmarktrichtlinie II enthält weiterführende Bestimmungen zur Steigerung der Transparenz, Effizienz und Integrität der Finanzmärkte sowie zur Stärkung des Anlegerschutzes in der → **EU**.

**MiFIR** **Markets in Financial Instruments Regulation**

Die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente enthält unmittelbar in allen Mitgliedstaaten geltende Bestimmungen zur Erhöhung der Transparenz der Finanzmärkte in der → [EU](#).

MMSR **Money Markets Statistics Regulation**

EZB-Geldmarktstatistik-Verordnung. Gegenstand der Geldmarktstatistik sind die von inländischen Monetären Finanzinstituten (MFIs) mit Ausnahme von Geldmarktfonds durchgeführten Transaktionen, die sie in den Segmenten unbesicherter und besicherter Geldmarkt- sowie Devisen- und → [EONIA](#)-Swaps getätigt haben. Meldepflichtig sind einzelne Transaktionen, die mit anderen MFIs, sonstigen Finanzinstituten (OFIs), Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, Staat, Zentralbank (mit Ausnahme von Offener Marktgeschäften und ständigen Fazilitäten) oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, die gemäß dem Basel-III-LCR-Rahmenwerk als Großkunden gelten, durchgeführt wurden. Die Deutsche Bundesbank hat den Kreis der Meldepflichtigen aufgrund einer Ermächtigung durch die EZB-Verordnung auf weitere Meldepflichtige ausgedehnt.

MoU **Memorandum of Understanding**

Vereinbarung, in der zum Beispiel Eckpunkte der Zusammenarbeit oder einer noch abzuschließenden Vereinbarung/eines Vertrages festgelegt werden. Wird unter anderem bei zwischenstaatlichen Vereinbarungen gewählt, da eine Ratifizierung nicht erforderlich ist. Ein MoU zwischen der → [ESMA](#) und den → [NCA](#) ist zum Beispiel Voraussetzung für die Anerkennung von Drittstaaten-CCPs nach → [EMIR](#).

MREL **Minimum Requirements for Own Funds and Eligible Liabilities**

Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten. Vorgabe aus der → [BRRD](#) für alle Kreditinstitute in der EU, seit 2016 über die Eigenmittel hinaus Verbindlichkeiten vorzuhalten, die im Falle einer



Abwicklung zeitnah abgeschrieben oder in Eigenkapital umgewandelt werden können (Bail-in). Die MREL werden als Quote angegeben und institutsindividuell von der zuständigen Abwicklungsbehörde festgelegt. → [SRB](#)

MRO **Main Refinancing Operation**

Hauptrefinanzierungsgeschäft. Ein wöchentliches Offener Marktgeschäft des Eurosystems mit einwöchiger Laufzeit.

MTF **Multilateral Trading Facility**

Multilaterales Handelssystem. Börsenähnliche Handelsplattform, die nach festgelegten Regeln Kauf- und Verkaufsaufträge in Aktien und anderen Finanzinstrumenten zusammenführt. → [OTF](#), → [RM](#)



N

NCA National Competent Authority

Die national zuständige Aufsichtsbehörde eines EU-Mitgliedsstaates. In Deutschland ist dies in der Regel die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

NFC Near Field Communication

Die Nahfeldkommunikation ist ein internationaler Übertragungsstandard zum kontaktlosen Austausch von Daten per elektromagnetischer Induktion auf Basis von RFID (Radio-Frequency Identification). Die Übertragung erfolgt in der Regel über kurze Strecken von wenigen Zentimetern und mit geringer Datenübertragungsrate.

NGFS Network for Greening the Financial System

Internationales Netzwerk von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, das sich für ein nachhaltiges Finanzsystem starkmacht. Unter anderem sind darin auch die Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vertreten.

NIS Network and Information Security

EU-Richtlinie zur Gewährleistung einer hohen Netz- und Informationssicherheit. Rahmenbedingungen für das Sicherheitsniveau von kritischen IT-Infrastrukturen sowie das Meldewesen von Vorfällen.

NPE Non-Performing Exposures

Notleidende Risikopositionen. Risikopositionen, die in Übereinstimmung mit Anhang V der Durchführungsverordnung (EU) 2021/451 als notleidend eingestuft werden. Neben Krediten können unter anderem auch Schuldverschreibungen sowie widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen betroffen sein.

**NPL Non-Performing Loans**

Notleidende Kredite. Ein Kredit gilt als notleidend, wenn seine Rückzahlung unwahrscheinlich erscheint oder eine wesentliche Verbindlichkeit des Schuldners mindestens 90 Tage in Verzug ist und für die Bank daher ein Einzelwertberichtigungsbedarf entsteht.

NRA National Resolution Authority

Für Bankenabwicklung zuständige Abwicklungsbehörde eines EU-Mitgliedstaates. In Deutschland ist dies die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

NSFR Net Stable Funding Ratio

Kennziffer zur Messung der strukturellen Finanzierung einer Bank. Die NSFR soll sicherstellen, dass die Banken ihr längerfristiges Aktivgeschäft durch Mittel refinanzieren, die ihnen länger als ein Jahr zur Verfügung stehen. Die Kennziffer entspricht dem Verhältnis der dauerhaft verfügbaren Finanzierung zu der nach der Dauer ihrer Liquiditätsbindung gewichteten erforderlichen stabilen Refinanzierung. Als dauerhafte stabile Finanzierung gelten Passiva, die der Bank für mindestens ein Jahr zur Verfügung stehen. Die Mindestquote beträgt 100%. Die NSFR-Regelungen sollen mit der CRR II in der → [EU](#) umgesetzt werden.

NEU NSV Namensschuldverschreibung

Eine nicht handelbare Schuldverschreibung, die von einem Unternehmen oder einer öffentlichen Körperschaft (Schuldner) ausgegeben und auf einen namentlich genannten Gläubiger (meist institutionelle Anleger) ausgestellt wird.

**NEU NTW New Technologies for Wholesale settlement**

Angesichts des wachsenden Interesses an der Nutzung der → **DLT** im Wertpapierbereich hat das Eurosystem die Abwicklung der Geldseite in Zentralbankgeld getestet. Getestet wurde entweder mit realen Zentralbankgeld-Transaktionen oder mit simulierten Abwicklungen in einer Testumgebung. Ziel war es, (i) die Arbeiten der Zentralbanken des Eurosystems zu bündeln und weiterzuentwickeln, (ii) die Interaktion zwischen TARGET-Services und DLT-Plattformen zu untersuchen und (iii) den Marktbedarf an Zentralbankgeldlösungen für das → **DLT-PILOTREGIME** zu decken.

**OCR Overall Capital Requirement**

Gesamtkapitalanforderung, die sich aus der Summe der → SREP-Gesamtkapitalanforderung (→ TSCR) und der Kapitalpufferanforderung (→ CBR) für verschiedene Zwecke ergibt, ohne Berücksichtigung der Eigenmittelzielkennziffer (→ P2G).

ODR Online Dispute Resolution

Online-Streitbeilegung. Außergerichtliche Streitbeilegung auf elektronischem Weg über eine bei der Europäischen Kommission geführte Online-Plattform bei Meinungsverschiedenheiten über vertragliche Verpflichtungen aus Online-Kaufverträgen oder Online-Dienstleistungsverträgen zwischen einem in der → EU wohnhaften Verbraucher und einem ebenfalls dort niedergelassenen Unternehmer.

OECD Organisation for Economic Co-operation and Development

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Schwerpunkt der OECD ist die Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den 34 Mitgliedstaaten. Sitz ist Paris.

OFAC Office of Foreign Assets Control

Angesiedelt beim US Department of the Treasury. Zuständig für die Verwaltung und Umsetzung von US-Sanktionen.

OGAW Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren

Investmentfonds, die in gesetzlich definierte Arten von Wertpapieren und anderen Finanzinstrumenten investieren (Wertpapierfonds). Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften für diese Fonds und ihre Verwaltungsgesellschaften finden sich in der OGAW-Richtlinie bzw. deren Überarbeitungen. → OGAW V

**OGAW V**

Fünfte Überarbeitung der Richtlinie für Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren. Enthält Regelungen für die Verwahrung von → **OGAW**-Fonds und richtet sich in erster Linie an Stellen, die OGAW-Fonds verwahren. → **UCITS**

OMT **Outright Monetary Transactions**

Geldpolitische Outright-Geschäfte. Programm des Eurosystems zum Ankauf von Staatsanleihen. Im Rahmen des OMT-Programms kann das Eurosystem Staatsanleihen bestimmter Euroländer in vorab nicht explizit begrenzter Höhe auf dem Sekundärmarkt ankaufen. Entsprechende Staaten müssen sich jedoch den Auflagen des → **ESM** unterwerfen.

O-SII **Other Systemically Important Institution**

Anderweitig systemrelevantes Institut. Institut, dessen Zusammenbruch das europäische oder nationale Finanzsystem beeinträchtigen würde. Die zuständigen Behörden bestimmen jährlich anhand bestimmter Kriterien (Größe, wirtschaftliche Bedeutung für den EU-Wirtschaftsraum und den jeweiligen EU-Mitgliedstaat, grenzüberschreitende Aktivitäten und Vernetztheit mit dem Finanzsystem) die als anderweitig systemrelevant zu klassifizierenden Institute. O-SIIs müssen insbesondere strengere Eigenkapitalanforderungen einhalten, damit sie Verluste besser absorbieren können.

NEU **O-SII-BUFFER** **Capital Buffer for Other Systemically Important Institutions**

Kapitalpuffer für anderweitig systemrelevante Institute gemäß Art. 131 Abs. 5 CRD bzw. § 10g KWG. → **CBR**

OTC **Over the Counter**

Außerbörslicher Handel mit Finanzinstrumenten, deren Ausführung nicht auf einem geregelten Markt im Sinne der → **MiFID** oder auf einem Markt in Drittstaaten erfolgt, der gemäß MiFID als einem geregelten Markt gleichwertig angesehen wird.

**OTF Organised Trading Facility**

Organisiertes Handelssystem. Ein gemäß → [MiFID II](#) von einer Wertpapierfirma und einem Marktbetreiber betriebener Handelsplatz (nicht geregelter Markt oder ein → [MTF](#)), auf dem die Interessen einer Vielzahl Dritter am Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten innerhalb des Systems zusammengeführt werden.

→ [RM](#)



P

PEP Politisch exponierte Person

In diesem Fall sind aufgrund der Vorgaben der Gesetzgebung zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung verstärkte Sorgfaltspflichten anzuwenden. → [CDD](#)

PEPP Pandemic Emergency Purchase Programme

Von der → [EZB](#) im März 2020 aufgelegtes temporäres Ankaufprogramm für Anleihen öffentlicher und privater Schuldner, wie sie bereits im Rahmen des → [APP](#) gekauft werden. Der EZB-Rat hat im Dezember 2021 die Nettoankäufe des PEPP eingestellt. Bis Ende 2024 können Reinvestitionen der fälligen Tilgungsbeträge aus PEPP-Beständen erfolgen und flexibel wieder angelegt werden, um pandemiebedingten Risiken entgegenzuwirken.

PIB Produktinformationsblatt

Gesetzlich vorgeschriebene Kurzinformation zu Finanzinstrumenten, die Verbrauchern in der Anlageberatung rechtzeitig vor Geschäftsabschluss zur Verfügung gestellt werden muss. Sie soll dazu dienen, Privatanlegern auf einen Blick die wesentlichen Chancen und Risiken von Bankprodukten übersichtlich darzustellen. Sie sollen in die Lage versetzt werden, die wesentlichen Eigenschaften des Finanzprodukts schnell zu erfassen und verschiedene Anlageprodukte leichter vergleichen zu können.

PRB Principles for Responsible Banking

Sechs Grundsätze zur Ausrichtung des Bankensektors an den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens 2015. Sie sollen dem Bankensektor einen einheitlichen Rahmen bieten, der Nachhaltigkeit auf strategischer, Portfolio- und Transaktionsebene sowie in allen Geschäftsbereichen verankert.



PRIIPs Packaged Retail and Insurance-based Investment Products

Verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte, die einem Anlagerisiko unterliegen. Als verpackt im Sinne der PRIIPs-Verordnung (→ [PRIIPs-VO](#)) gelten alle Anlageprodukte und -verträge, bei denen das Geld der Kunden statt direkt nur indirekt am Kapitalmarkt angelegt wird oder deren Rückzahlungsanspruch auf andere Weise an die Wertentwicklung bestimmter Papiere oder Referenzwerte gekoppelt ist. Dazu gehören strukturierte Finanzprodukte (unter anderem Optionsscheine, die in Versicherungen, Wertpapiere oder Bankprodukte verpackt sind), Derivate, geschlossene und offene Investmentfonds sowie Versicherungsprodukte mit Anlagecharakter (unter anderem kapitalbildende und fondsgebundene Lebensversicherungen).

PRIIPs-VO EU-Verordnung über Basisinformationsblätter für PRIIPs

Mit dieser europäischen Verordnung von 2016 wurden Basisinformationsblätter (Key Information Documents – KIDs) für bestimmte Anlageprodukte eingeführt (→ [PRIIPs](#)). Sie enthält verbindliche Vorschriften zu Form und Inhalt der Basisinformationsblätter und umfassende Informationspflichten. Dazu gehören unter anderem Informationen zu den Risiken des Anlageprodukts, Renditemöglichkeiten, Verlusten, Performance-Szenarien und Kosten. Ziel der Verordnung ist es, den Anlegerschutz zu stärken und durch mehr Transparenz das Vertrauen von Kleinanlegern in den Finanzmarkt herzustellen.

PSD Payment Service Directive

Die Zahlungsdiensterichtlinie beschreibt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Anbieter von Zahlungsdiensten (Zahlungsdienstleister), wie Überweisung, Lastschrift und



Kartenzahlung, sowie die zivilrechtlichen Vorgaben für den Vertrag zur Erbringung von Zahlungsdiensten zwischen Bank und Kunde (Zahlungsdiensterahmenvertrag). Die PSD2 aus dem Jahre 2016 ergänzt die Regelungen der PSD um die neuen Zahlungsdienste, Zahlungsauslösedienste und Konto-informationsdienste, die durch Drittanbieter über den Zugang zum Konto des Kunden abgewickelt werden.

PSI Potenziell systemrelevantes Institut

Diese Institute werden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank identifiziert und bei bestimmten regulatorischen Anforderungen strenger als andere Institute behandelt. → [G-SII](#), → [O-SII](#)

PSP Payment Service Provider

Zahlungsdienstleister (Payment Service Provider) sind gemäß der PSD2 bzw. dem ZAG (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz) CRR-/KWG-Institute (Einlagenkreditinstitute), E-Geld-Institute, Zahlungsinstitute („ZAG-Institute“), die → [EZB](#), die Deutsche Bundesbank, andere Zentralbanken in der → [EU](#) sowie der Bund, die Länder, die Kommunen und die öffentlichen Verwaltungen, soweit diese Zahlungsdienste erbringen.

PSPP Public Sector Purchase Programme

Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors. Die Zentralbanken des Eurosystems kaufen seit März 2015 Wertpapiere des öffentlichen Sektors wie Staatsanleihen sowie Schuldtitel europäischer Institutionen und Agenturen.

NEU **PVO** Prospektverordnung

Die (EU) Verordnung 2017/1129 regelt die Anforderungen an Wertpapierprospekte in der EU, um Anleger beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren durch transparente Informationen zu schützen. Die PVO legt fest, wann ein Prospekt



erforderlich ist, welche Inhalte er haben muss und unter welchen Bedingungen Ausnahmen gelten.

P2G Pillar 2 Guidance

Eigenmittelempfehlung der zweiten Säule gemäß § 6d KWG. Mit der P2G wird ein Kapitalpuffer festgelegt, der dafür sorgen soll, dass die Kapitalanforderungen auch in Stresssituationen eingehalten werden. Die P2G wird im Rahmen des → [SREP](#) auf individueller Basis festgelegt, ist allerdings nicht rechtsverbindlich einzuhalten. In Deutschland wird die P2G auch als Eigenmittelzielkennziffer (→ [EMZK](#)) bezeichnet.

P2R Pillar 2 Requirements

Zusätzliche Eigenmittelanforderungen der zweiten Säule gemäß § 6c KWG. Mit den P2R werden jene Risiken abgedeckt, die von den Mindestkapitalanforderungen der ersten Säule (→ [CRR](#)) nicht oder nicht hinreichend berücksichtigt werden. Die P2R werden im Rahmen des → [SREP](#) auf individueller Basis festgelegt.



Q

Q&A Questions & Answers

→ **ESA** veröffentlichen Q&A, um eine einheitliche Auslegung des EU-Aufsichtsrechts durch → **NCA** und Marktteilnehmer zu gewährleisten. Auch NCA oder die EU-Kommission erlassen mitunter Q&A.

QE Quantitative Easing (Quantitative Lockerung)

Eine geldpolitische Maßnahme, die darauf abzielt, die langfristigen Zinsen zu senken und zusätzliche Liquidität ins Bankensystem zu schleusen. Bei der Quantitativen Lockerung kauft die Zentralbank in großem Umfang Anleihen an, insbesondere langlaufende Staatsanleihen; das bewirkt in der Tendenz einen Anstieg der Anleihekurse und eine Senkung der entsprechenden Renditen – was wiederum das allgemeine Zinsniveau am Anleihemarkt beeinflusst. Zentralbanken greifen insbesondere dann zu Quantitative Easing, wenn die kurzfristigen Zinsen bereits nahe null sind. Beim Ankauf von Anleihen wird Zentralbankgeld geschaffen, die Menge (Quantität) des Zentralbankgeldes nimmt also zu – daher der Begriff Quantitative Lockerung (im Gegensatz zu einer geldpolitischen Lockerung durch Senkung der Leitzinsen).



R

REA Risk Exposure Amount

Risikobetrag.

RM Regulated Market

Geregelter Markt bzw. gesetzlich geregelter Handelsplatz.

→ MTF, → OTF

RoA Return on Assets

Gesamtkapitalrentabilität. Kennzahl in der Gesamtbanksteuerung zur Beurteilung der Profitabilität eines Instituts, die den Quartals- oder Jahresüberschuss ins Verhältnis zu den bilanziellen Vermögenswerten („Assets“) setzt.

RoE Return on Equity

Eigenkapitalrentabilität. Kennzahl in der Gesamtbanksteuerung zur Beurteilung der Profitabilität eines Instituts, die den Quartals- oder Jahresüberschuss ins Verhältnis zum bilanziellen Eigenkapital („Equity“) setzt.

RTF Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit ist aus ökonomischer Perspektive gegeben, wenn das zur Verlustabsorption bereitgestellte Kapital zur Abdeckung der wesentlichen Risiken ausreicht. Aus normativer Perspektive, die vorrangig über die Kapitalplanung umgesetzt wird, sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen zu erfüllen. Sie wird im Rahmen des → ICAAP ermittelt.

RTP Request to Pay

Der RTP ist eine elektronische Zahlungsanforderung, die vom Begünstigten an den Zahler elektronisch übermittelt wird. Der Zahler kann die Zahlungsanforderung ablehnen oder annehmen und daraus eine elektronische Überweisung erstellen. Der RTP wird im → EPC standardisiert.



RTS Regulatory Technical Standards

Technische Regulierungsstandards, die aufgrund expliziter Ermächtigung (Delegierung) von der Europäischen Kommission erlassen werden. Die Entwürfe hierzu liefern die → [ESA](#).

RWA Risikogewichtete Aktiva

Wichtige Bestimmungsgröße für die Ermittlung der Mindesteigenkapitalanforderungen von Banken. Zur Ermittlung der RWA stehen für die einzelnen Risikoarten bestimmte Methoden zur Verfügung. Im Bereich des Kreditrisikos ergeben sich die RWA aus der Multiplikation des Forderungswertes mit dem Risikogewicht, welches das Risiko der Forderung oder des Schuldners widerspiegelt. Bei außerbilanziellen Forderungen muss zur Ermittlung des Forderungswertes der Nominalbetrag mit einem Kreditkonversionsfaktor (CCF) multipliziert werden. Durch die Multiplikation der RWA mit den einschlägigen Kapitalquoten ergeben sich die Mindesteigenkapitalanforderungen.



S

SA-CCR Standardansatz Counterparty Credit Risk

Der Standardansatz für Gegenparteiausfallrisiken dient zur Ermittlung der Risikopositionen in außerbörslich gehandelten (→ **OTC**-) Derivaten, börsengehandelten Derivaten und Derivaten mit langer Abwicklungsfrist sowie damit verbundenen Kapitalanforderungen.

NEU **SanktDG II** Sanktionsdurchsetzungsgesetz II

Das Sanktionsdurchsetzungsgesetz II soll die Kontrolle und Durchsetzung von Wirtschaftssanktionen stärken. Insbesondere wurden die mit dem Sanktionsdurchsetzungsgesetz I eingeführten Vermögensermittlungs- und Sicherstellungsbe-fugnisse auf eine zentrale koordinierende Stelle des Bundes, die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung, übertragen.

SCA Strong Customer Authentication

Um die Sicherheit im Zahlungsverkehr zu verbessern, wurde in der Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt (Pay-ment Services Directive 2, PSD2) die Verpflichtung zur so ge- nannten „starken Kundenauthentifizierung“ (Strong Custo- mer Authentication) aufgenommen. Damit soll das Risiko eines Betrugs im Zahlungsverkehr oder anderer Missbrauch vermindert werden. Die starke Kundenauthentifizierung schreibt die Authentifizierung über die Verwendung von zwei unabhängigen Faktoren aus den Kategorien Wissen (zum Beispiel Passwort, Code, PIN), Besitz (zum Beispiel Token, Smartphone, Signaturkarte) oder Inhärenz (zum Beispiel biometrische Merkmale wie Fingerabdruck, Stimmerken- nung) vor.

SCT SEPA Credit Transfer

Mit einer → **SEPA**-Überweisung (SCT) beauftragt ein Zahler seine Bank, einen bestimmten Betrag von seinem Zahlungs- konto (Girokonto) auf das Konto eines Zahlungsempfängers



zu übertragen – SEPA-weit. Dies kann über bereitgestellte Vordrucke, elektronisch über Dateien oder per Online-Banking durchgeführt werden. Das SEPA-Verfahren wird im → [EPC](#) standardisiert.

SCT Inst SEPA Credit Transfer Instant

Eine Echtzeitzahlung (SCT Inst) ist eine → [SEPA](#)-Überweisung, die innerhalb von zehn Sekunden ausgeführt wird und dem Zahlungsempfänger anschließend sofort zur Verfügung steht. Derzeit ist die Betragshöhe auf 100.000 Euro beschränkt. Das SEPA-Verfahren wird im → [EPC](#) standardisiert.

SDD SEPA Direct Debit

Die → [SEPA](#)-Lastschrift (SDD) ist ein bargeldloses Zahlungsinstrument, bei dem der Zahlungsempfänger unter Einschaltung einer Bank einen Betrag vom Konto des Zahlers abbuchen lässt. Die Lastschrift wird typischerweise bei Zahlungen eingesetzt, die unregelmäßig oder in unterschiedlicher Höhe anfallen. Der Zahlungsvorgang wird dabei – im Gegensatz zur Überweisung – vom Zahlungsempfänger ausgelöst, der im Vorfeld das Einverständnis (Mandat) des Zahlers eingeholt hat. Falls der Zahlungspflichtige mit der Abbuchung nicht einverstanden ist, kann er ihr innerhalb bestimmter Fristen widersprechen. Das SEPA-Verfahren wird im → [EPC](#) standardisiert.

SDG Sustainable Development Goals

Im Mittelpunkt der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung 2030 stehen 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs). Sie formulieren, welche gesellschaftlichen Ziele durch nachhaltiges Investment erreicht werden sollten.

NEU **SDN** Specially Designated Nationals

Die SDN-Liste wird vom US Office of Foreign Assets Control (OFAC) geführt und enthält Personen, Unternehmen und Organisationen, die aufgrund von Sanktionen mit Vermögen-



sperren belegt wurden. US-Personen und Unternehmen ist es untersagt, mit SDNs Geschäfte zu machen.

SEPA Single Euro Payments Area

Mit der Umsetzung von SEPA, dem einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum, wurden in Deutschland neue, europaweit einheitliche Verfahren für den bargeldlosen Zahlungsverkehr (Überweisungen, Lastschriften) eingeführt.

Gesetzliche Basis ist die SEPA-Verordnung aus dem Jahre 2012, die eine Abschaltung aller nationalen Verfahren für Überweisung und Lastschrift zum 1. Februar 2014 vorge-schrieben hat. Somit sind seit diesem Datum die SEPA-Zahlverfahren des European Payments Council (→ [EPC](#)) für Überweisungen und Lastschriften von Kunden und Banken verpflichtend zu nutzen. Die SEPA-Zahlverfahren können für Euro-Zahlungen in den 27 EU-Staaten, Island, Liechtenstein, Norwegen sowie Monaco, der Schweiz und San Marino eingesetzt werden.

SEPA-Abkommen Single-Euro-Payments-Area-Abkommen

Die fünf Verbände der Deutschen Kreditwirtschaft und die Bundesbanken haben drei SEPA-Abkommen unterzeichnet, die die Mitglieder der Verbände sowie die Bundesbank zur Einhaltung des SEPA-Standards (→ [SEPA](#)) verpflichten. Die drei SEPA-Abkommen sind das DK-Abkommen SEPA-Inlands-echtzeitüberweisung (SIEÜA), das DK-Abkommen SEPA-Inlandsüberweisung (SIÜA) und das DK-Abkommen SEPA-Inlandslastschrift (SILA).

SFDR Sustainable Finance Disclosure Regulation

Die Verordnung zur Transparenz hinsichtlich der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsfaktoren bei Investitionsentscheidungen oder in der Anlageberatung sieht verschiedene Verpflichtungen vor, die unter anderem von Wertpapierfirmen, die Portfolioverwaltung erbringen, einzuhalten sind.

**SFT** **Securities Financing Transactions**

Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, beispielsweise Repos oder Wertpapierleihen.

SFTR **Securities Financing Transactions Regulation**

Die Verordnung über die Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften enthält Bestimmungen für die Meldung von → **SFTS** sowie zur Weiterverwendung von als Sicherheit erhaltenen Wertpapieren.

SI **Significant Institution**

Bedeutendes Institut. Begriff dient als Abgrenzung der direkten von der indirekten Beaufsichtigung durch die → **EZB**. → **LSI**

SI **Systematic Internaliser**

Systematische Internalisierer sind Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die regelmäßig und in organisierter und systematischer Weise Handel auf eigene Rechnung und außerhalb eines Handelsplatzes im Sinne der → **MiFID II** durch Ausführung von Kundenaufträgen treiben.

NEU **SIU** **Savings & Investment Union**

Jüngste Initiative der EU-Kommission basierend auf den Vorschlägen diverser Berichte (wie von Enrico Letta, Christian Noyer und Mario Draghi) zur Weiterentwicklung bzw. Transformation des Vorgängerkonzepts, der Kapitalmarktunion, in eine EU-Spar- und Investitionsunion, die sowohl Banken als auch Kapitalmärkte umfasst.

SMP **Securities Markets Programme**

Programm zum Ankauf von Anleihen – insbesondere von Staatsanleihen – am Sekundärmarkt. Das vom EZB-Rat im Mai 2010 beschlossene Programm wurde im September 2012 durch das → **OMT**-Programm abgelöst.

**SOFR Secured Overnight Financing Rate**

Ein von der Federal Reserve Bank of New York veröffentlichter Zinssatz. Der SOFR ist der durchschnittliche Zinssatz für in US-Dollar (USD) ausgegebene besicherte Kredite mit einer Laufzeit von einem Tag (Overnight). Der SOFR ist eine Alternative zum US-LIBOR-Satz. SOFR ist ein risikofreier Satz nach der → [Benchmark-VO](#).

SONIA Sterling Overnight Index Average

Ein von der Bank of England administrierter Zinssatz. Er ist die Referenz für indexierte Overnight-Swaps für unbesicherte Transaktionen auf dem Sterling-Markt. SONIA ist ein risikofreier Satz nach der → [Benchmark-VO](#).

SRB Single Resolution Board

Ausschuss für die einheitliche Abwicklung. Verantwortliche Abwicklungsbehörde im Rahmen des → [SRM](#) mit Sitz in Brüssel. Kernaufgaben des SRB sind die Erstellung von Abwicklungsplänen, die Festlegung der → [MREL](#), die Vorbereitung von Abwicklungsmaßnahmen und die Verwaltung des EU-Abwicklungsfonds (Bankenabgabe).

SREP Supervisory Review and Evaluation Process

Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess. Die Aufsichtsbehörden beurteilen im Rahmen des SREP regelmäßig das Geschäftsmodell, die Corporate-Governance-Strukturen sowie die Angemessenheit der Kapital- und Liquiditätsausstattung eines Institutes und legen auf dieser Basis zum Beispiel die → [P2R](#) und die → [P2G](#) fest. → [ICAAP](#), → [ILAAP](#)

SRF Single Resolution Fund

Einheitlicher Abwicklungsfonds. Sofern im Abwicklungsfall im Rahmen des → [SRM](#) die Verlustabsorption eines Kreditinstitutes mittels eines Bail-in nicht ausreichen sollte, soll der SRF etwaige Abwicklungsverfahren im nächsten Schritt auffangen. Das Zielvolumen des SRF soll mindestens 1 % der ge-



deckten Einlagen aller vom SRM erfassten Institute umfassen und bis Ende 2023 durch vorab erhobene Jahresbeiträge erbracht werden. Der SRF ersetzt die nationale Bankenabgabe und wird vom → [SRB](#) verwaltet.

SRM Single Resolution Mechanism

Einheitlicher Abwicklungsmechanismus. Der SRM baut auf den Vorgaben der → [BRRD](#) zur Sanierung und Abwicklung von Instituten auf und zielt im Kern auf die Errichtung eines für die teilnehmenden Mitgliedstaaten gemeinsamen institutionellen Rahmens. Der SRM stellt die zweite Säule der Bankenunion dar und wird übergeordnet vom → [SRB](#) verantwortet.

SRP Supervisory Review Process

Aufsichtlicher Überprüfungsprozess. Oberbegriff für den Kern der zweiten Basler Säule, d. h. für den → [ICAAP](#) und den → [ILAAP](#), die sich an die Institute richten, und den → [SREP](#), der die Aufsichtsbehörden betrifft.

SSB Single Supervisory Board

Das Aufsichtsgremium wurde im Zuge des → [SSM](#) innerhalb der → [EZB](#) eingerichtet und übernimmt die Planung, Erörterung und Ausführung der Aufgaben in der Bankenaufsicht. Entsprechende Beschlussentwürfe legt das SSB dem EZB-Rat vor.

NEU **SSD** Schuldscheindarlehen

Eine individuell verhandelbare bzw. nicht börsennotierte Form der Unternehmensfinanzierung, die zwischen einem Unternehmen (Schuldner) und institutionellen Investoren (Gläubigern) abgeschlossen wird. Es gilt als eine Mischform zwischen Anleihe und Darlehen.

SSM Single Supervisory Mechanism

Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus bildet den Rahmen für eine einheitliche europäische Bankenaufsicht. Am SSM neh-



men alle Mitgliedstaaten der Eurozone teil. Der SSM stellt die erste Säule der Bankenunion dar und wird übergeordnet von der → EZB verantwortet.

STE Short-Term Exercise

Strukturierte, regelmäßige Datenerhebung der → EZB im Rahmen des → SSM als Ergänzung zum regulären Meldewesen für die Zwecke des → SREP.

STS-Verbriefungen Simple Transparent and Standardised Securitisations (STS)

Einfache, transparente und standardisierte Verbriefungen. Verbriefungspositionen, die bestimmten in der EU-Verbriefungsverordnung (STS-Verordnung) niedergelegten Anforderungen genügen. Für diese Positionen wurden mit der zugehörigen CRR-Änderungsverordnung geringere Kapitalanforderungen eingeführt. Es gelten jeweils spezielle Anforderungen für sogenannte True-Sale- und synthetische Verbriefungen sowie → ABCP.

NEU SyRB Systemic Risk Buffer

Systemrisikopuffer. Die Eigenmittel, die ein Institut gemäß Art. 133 CRD bzw. § 10e KWG vorhalten muss. → CBR



T

TARGET2 Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer System

Plattform des Eurosystems zur sicheren und schnellen Abwicklung des elektronischen Individual-Zahlungsverkehrs in Euro innerhalb der EU und zur Verrechnung in Zentralbankgeld. Die wesentlichen Dienste sind → **T2**, → **T2S** und → **TIPS**.

T2-Salden, früher auch TARGET-Salden genannt, sind Forderungen (positiver T2-Saldo) oder Verbindlichkeiten (negativer T2-Saldo) einer nationalen Zentralbank gegenüber der → **EZB**. Sie entstehen, wenn Geschäftsbanken grenzüberschreitende Transaktionen in Zentralbankgeld über → **T2** abwickeln.

NEU **T2** Dienst im TARGET2 des Eurosystems

T2 besteht aus der Komponente für die Abwicklung des Individualzahlungsverkehrs (→ **RTGS**) und dem zentralen Liquiditätsmanagement (→ **CLM**).

T2S TARGET2-Securities

Technische Plattform des Eurosystems zur Vereinheitlichung der Wertpapierabwicklung, koordiniert durch die → **EZB**. Damit wird den europäischen Banken eine einheitliche technische Plattform für einen EU-Binnenmarkt in der Wertpapierabwicklung zur Verfügung gestellt.

TCFD Task Force on Climate-related Financial Disclosures

Eine Expertenkommission des Finanzstabilitätsrats der G20, die Empfehlungen für eine freiwillige Klimaberichterstattung erarbeitet hat.

TIBER-EU Threat Intelligence-based Ethical Red Teaming in Europa

Die Notenbanken des Europäischen Systems der Zentralbanken haben im Jahr 2018 mit TIBER-EU ein Rahmenwerk zu „bedrohungsgeleiteten Penetrationstests“ verabschiedet. In



diesem werden Regeln und Mindeststandards festgelegt, nach denen Unternehmen ihre Cyberabwehrfähigkeit durch beauftragte Hacker überprüfen lassen können. Die nationale Umsetzung in Deutschland koordiniert die Deutsche Bundesbank in Abstimmung mit der BaFin.

TIPS TARGET Instant Payment Settlement

Ein Zahlungsdienst in → [TARGET2](#) des Eurosystems, der Echtzeit-zahlungen in Zentralbankgeld rund um die Uhr ermöglicht.

TLAC Total Loss-Absorbing Capacity

Verlustabsorptionsfähigkeit. Empfehlung des → [FSB](#) für alle → [G-SII](#), über die Eigenmittel hinaus Verbindlichkeiten vorzuhalten, die im Falle einer Abwicklung abgeschrieben oder in Eigenkapital umgewandelt werden können (Bail-in).

TLPT Thread led penetration test

Threat-Led Penetration Testing ist eine spezifische Form des Penetrationstests auf Basis eines Rahmenwerkes mit auf-sichtlichen Anforderungen, bei der realistische Cyberangriffe auf kritische Systeme und Prozesse simuliert werden. Im Rahmen von → [DORA](#) sind Finanzinstitute verpflichtet, TLPT mit unabhängigen und qualifizierten Testern durchzuführen, um ihre digitale Widerstandsfähigkeit zu überprüfen und Schwachstellen frühzeitig zu identifizieren und Maßnahmen zu ergreifen. → [TIBER-EU](#)

TLTRO Targeted Longer-Term Refinancing Operations

Modifizierte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems. Die Höhe der den Banken gewährten Kredite richtet sich nach deren ausstehendem Kreditvolumen an den nichtfinanziellen privaten Sektor.

**NEU T NFD Taskforce on Nature-related Financial Disclosures**

Von Regierungen unterstützte Initiative, die 2021 gegründet wurde. Sie gibt Empfehlungen zur Berichterstattung über die naturbezogenen Fragen mit dem Ziel eines besseren Verständnisses von Risiken und Chancen sowie einer Verlagerung der Finanzströme hin zu naturfördernden Ergebnissen.

TR Transaktionsregister (Trade Repository)

Von → [ESMA](#) zugelassene Dienstleister, die Register zur obligatorischen Meldung von Derivatetransaktionen unter → [EMIR](#) bzw. von Wertpapierfinanzierungsgeschäften unter der → [SFTR](#) bereitstellen.

TSCR Total SREP Capital Requirements

SREP-Gesamtkapitalanforderungen. Die TSCR stellt die von der Bankenaufsichtsbehörde im Rahmen des → [SREP](#) angeordnete Gesamtkapitalanforderung dar. Sie umfasst somit die Mindestkapitalanforderungen (→ [CRR](#)) und die → [P2R](#). → [OCR](#)



U

UCITS Undertakings for the Collective Investment in Transferable Securities

Internationale Bezeichnung für „Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren“. → [OGAW](#)

UNEP FI UNEP Finance Initiative

Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und dem globalen Finanzsektor, die im Anschluss an den Earth Summit von 1992 mit dem Ziel gegründet wurde, Sustainable Finance zu fördern. Die Arbeit von UNEP FI umfasst die Förderung des Dialogs zu → [ESG](#) auf internationaler und auf Länderebene zwischen Finanzfachleuten, Aufsichtsbehörden, Regulierungsbehörden und politischen Entscheidungsträgern.

UPI Unique Product Identifier

Code zur Klassifizierung der Eigenschaften eines derivativen Produktes zur Meldung unter → [EMIR](#).

UTI Unique Trade Identifier

Code zur Identifikation einer bestimmten Transaktion zur Meldung unter → [EMIR](#) und → [SFTR](#).



W

wCBDC Wholesale Central Bank Digital Currency

Eine digitale Form von Zentralbankgeld, die ausschließlich für Finanzinstitute und Interbankenzahlungen bestimmt ist.

WKN Wertpapierkennnummer

Deutsche sechsstellige Buchstaben-Zahlen-Kombination zur Identifikation eines Wertpapiers.

WM Wertpapiermitteilungen

Organisation zur Vergabe von Wertpapierkennnummern und
→ [LEI](#) mit Sitz in Frankfurt am Main. → [WKN](#), → [ISIN](#)



Z

Zahlungsdienst

Gemäß ZAG (Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz) und abgeleitet aus der PSD2 sind Zahlungsdienste Ein- oder Auszahlungsgeschäfte, das Zahlungsgeschäft in Form des Lastschriftgeschäfts (Lastschrift), das Überweisungsgeschäft (Überweisung), das Zahlungskartengeschäft ohne Kreditgewährung, das Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung, das Zahlungsauthentifizierungsgeschäft, das digitalisierte Zahlungsgeschäft und das Finanztransfergeschäft.

ZAiT Zahlungverkehrsaufsichtliche Anforderungen an die IT

Ergänzend zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken (MaRisk) interpretieren und konkretisieren die ZAIT aufsichtliche Anforderungen an den Zahlungsverkehr gemäß KWG und ZAG sowie von EU-Leitlinien beispielsweise der → [EBA](#) an die IT-Infrastrukturen und Akteure im Zahlungsverkehr.

NEU ZuFinG Zukunftsfinanzierungsgesetz

Initiative der Bundesregierung von 2023, die darauf abzielt, privates Kapital zu mobilisieren, den Finanzplatz Deutschland zu stärken sowie den Zugang von Start-ups und KMU zum Kapitalmarkt zu erleichtern.



Impressum

Herausgeber:

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.

Lennéstraße 11, 10785 Berlin

Tel.: +49 30 8192 0

www.voeb.de

Redaktion: Janet Eicher

Redaktionsschluss: 20. März 2025

Layout: Janet Eicher

Foto: Shutterstock®, Fotograf: Rawpixel.com

6. aktualisierte Auflage



Bundesverband
Öffentlicher Banken
Deutschlands, VÖB
Lennéstraße 11
10785 Berlin
Tel.: +49 30 8192 0
presse@voeb.de
www.voeb.de